

ZEITGENOSSIN

Wessen Morgen ist der Morgen?



RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH

Was sind die gesellschaftlichen Grundlagen des österreichischen Rechtsextremismus? Auf welchen postfaschistischen Traditionsbestand kann er zählen? Worin bestehen seine aktuellen Formen? Das und mehr könnt ihr in dieser Ausgabe erfahren.

LEGAL, ILLEGAL, SCHEISSEGAL

Wie das Rektorat sich seiner Verantwortung gegenüber rechtsextremen Umtrieben auf dem Unigelände entzieht.

ELENDE PROJEKTIONEN

Inwiefern der Hass auf Bettelnde Aufschluss über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft gibt.

TÜRKISE ZELLEN

Warum Frauen in Führungsämtern am antifeministischen Backlash nichts ändern.

Jeder muss seinen Weg gehen.



StudentenKonto

Egal was dein Weg ist, wir machen ihn einfacher. Mit dem gratis StudentenKonto inklusive CashBack.

studenten.bankaustria.at

Die Bank für alles,
was wichtig ist.

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

fröstelnde Grüße aus der *zeitgenossin*-Redaktion! Wir hoffen, ihr hattet ein erfolgreiches Semester.

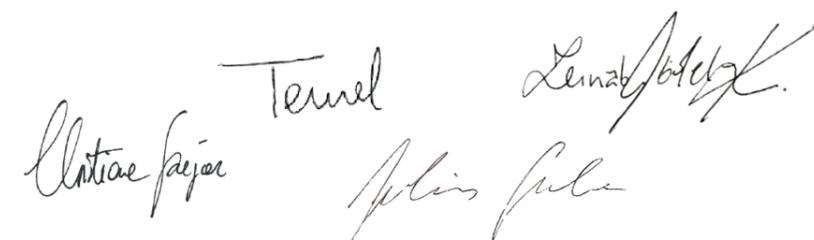
Die Ausgabe, die ihr in den Händen haltet, widmet sich thematisch Österreich und dem Rechtsextremismus. Jenes ist diesem engstens verbunden, verdankt ihm gewissermaßen, wie auch umgekehrt, seine Existenz. Der Rechtsextremismus ist folglich nichts Neues in Österreich und doch verdankt sich dieser Themenschwerpunkt nicht zuletzt eben jenen einschlägigen Umtrieben, zum Beispiel an der Uni Wien. Diese reichen von einem Rechtsextremen, der im Hörsaal mit Schusswaffen herumfuchtelte, über einen Professor, der über die nämliche Waffengattung schon mal Göring-Zitate auszupacken weiß, bis hin zu völkisch-antisemitischen Männerbündlern, die sich gerne gegenseitig das Gesicht aufschneiden.

Unsere Autor_innen decken unterschiedliche Bereiche des Themas ab und nähern sich diesem von verschiedenen Seiten. Seien es Berichte über die Entwicklung besagter Aktivitäten an der Uni, etwa den allwöchentlich stattfindenden Burschibummel, die Frage der juristischen Bewertung, die antifeministische Politik von Schwarz-Blau II, Rechtsextremismus im Internet oder auch Texte, die sich ideologiekritisch mit den historisch-gesellschaftlichen Grundlagen des österreichischen Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Denn auch wenn der hiesige Rechtsextremismus an den Unis, vermittelt über die deutschnationalen Burschenschaften, traditionell eines seiner organisatorischen Zentren beanspruchen kann, so ist er freilich nicht auf sie begrenzt. Vielmehr ist er gesamtgesellschaftlich und institutionell gut verankert, mit den in diesem Land herrschenden Verhältnissen aufs engste verbunden und das spezifische Resultat einer historisch-gesellschaftlichen Konstellation in Österreich. Für uns gilt daher weiterhin: Nein, wir lieben dieses Land nicht!

Diese Verhältnisse und deren rechtsextremen Geschöpfe zu denunzieren (vulgo: anpatzen) ist das Anliegen dieser Ausgabe. Wir hoffen, damit einen Beitrag zu einer bitter notwendigen antifaschistischen Praxis leisten zu können, und bedanken uns bei allen Student_innen, die Texte, Illustrationen und Fotos beigesteuert und dadurch das Entstehen dieser Zeitschrift möglich gemacht haben.

Wir wünschen euch noch nice Ferien und einen guten Start ins neue Semester,
eure *zeitgenossin*-Redaktion



INHALT

HOCHSCHULE

08 Höbelt und die Freiheit der Wissenschaft

Eine Vorlesung von Lothar Höbelt am Institut für Geschichte wurde zum Schauplatz von Protestaktionen, da er bei rechtsextremen Organisationen involviert ist.

10 Autoritäre Soziologie

Über die Soziologie und den Umgang mit der neuen Rechten

12 Völkische Umtriebe an der Uni Wien

Zum wöchentlichen Aufmarsch deutschnationaler Burschenschafter auf der Unirampe

14 Dürfen die Burschenschafter wirklich in der Uni Wien aufmarschieren?

Sind die Burschenschafter-Aufmärsche an der Uni Wien legal? Und hat das Rektorat die ÖH belogen?

16 Von Gruppen-Chats und Radikalisierung

Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien in WhatsApp-Gruppen an der Uni Wien

18 IDB – Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen

Eine Bildungs-NGO stellt sich vor

20 Wer zahlt, schafft an – Wenn Glock an der Uni die Fragen stellt

Fehlende Basisfinanzierung drängt Forschende dazu, unmoralische Zuwendungen anzunehmen. Es regt sich Widerstand.

GESELLSCHAFT & KULTUR

24 Eintracht Österreich

Warum die Bereitschaft zum Streit in Österreich keinen guten Stand hat

26 Psychoanalyse und Nationalsozialismus in Österreich

Der Fall Igor A. Caruso

28 Rechts? Das ist die alte Mitte!

Ist der Rechtsextremismus ohne einen Blick auf die historischen Kontinuitäten überhaupt zu verstehen?

30 Neues vom Burgring

Oder: Der kunsthistorische Versuch, rechte Geschichtsvision ernst zu nehmen

32 Ein altes Feindbild in neuer Auflage

Über den Antisemitismus in der rechtsextremen Zeitschrift Info-Direkt

34 Unheimliche Hintermänner

Welche Auskunft der Hass auf Notleidende über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft gibt

36 Straf- und Gewalttaten von Rechts

Hakenkreuz-Schmierereien, rassistische Beleidigungen, tätliche Angriffe, Brandanschläge – diese Straftaten werden tagtäglich begangen

38 Rechtsextreme vor Gericht

Wieso braucht es kritische Prozessberichterstattung? Ein Einblick von prozess.report

40 Das war's – war's das?

Eine feministisch-kritische Retrospektive auf Schwarz-Blau II

42 Rechtsextreme Indoktrinierung und Rekrutierung im Internet

Über die Organisation rechtsextremer Netzwerke im Internet, wie sie Mitglieder rekrutieren und politisieren

44 Sind die Identitären am Ende?

Zum Niedergang von Österreichs wirkmächtigster außerparlamentarisch-rechtsextremer Kadergruppe

46 Ausblick & Impressum

VORSITZKOMMENTAR

Liebe Student_innen,

im letzten Semester ist viel passiert: Seit Juli haben wir uns als neues Team sehr gut eingelebt und zusammengearbeitet, um unter anderem den Service für Student_innen zu verbessern. Neben vielen allgemeinen Angeboten wie zum Beispiel der Wohnrechtsberatung, der Sozialberatung, der Rechtsberatung, der Senior_innenberatung und der Zivildienstberatung gehen wir im Rahmen unserer Referate auf uni-spezifische Fragen ein. Egal, wer oder was euch innerhalb oder außerhalb der Uni den Studi-Alltag unnötig schwer macht – bei uns findet ihr Rat und Hilfe. Wir haben Referate spezifiziert und neue Referate eingerichtet, um euch nach Kräften zu unterstützen.

Unser Partizipationsreferat sorgt zum Beispiel für die Vernetzung und Weiterbildung der verschiedenen Studierendenvertreter_innen, die dann wiederum den Student_innen ihres jeweiligen Studiengangs besser helfen können. Es vermittelt auch zwischen euren Vertreter_innen vor Ort und den verschiedensten Stellen, etwa dem *Zentralen Informatikdienst* oder dem Rektorat der Uni Wien.

Außerdem verhandeln wir laufend mit dem Rektorat über mehr Lern- und Aufenthaltsräume für Student_innen. Bisher konnten wir für die Prüfungszeit 64 neue Lernplätze im Hauptgebäude erstreiten – das ist aber für 90.000 Student_innen noch lange nicht genug. Wir setzen uns auch dafür ein, dass sowohl in Räumen für Student_innen als auch in Hörsälen und Seminarräumen genug Steckdosen und ein funktionierendes WLAN vorhanden sind.

Und während unser Service-Angebot für euch läuft, widmen wir uns zusätzlich noch den alltäglichen, teils unsichtbaren (bildungs-)politischen Kämpfen. Ob das die Verhandlungen im Rektorat zum auslaufenden Diplomstudium, der Kampf gegen die immer noch stattfindenden Bummel deutschnationaler Verbindungen direkt vor dem Haupteingang der Uni, die Einführung von echten Rechten für Studierendenvertreter_innen in Kommissionen, Debatten über die Hausordnung, rechtsextreme Professor_innen oder antisemitische WhatsApp-Chats sind.

In Kürze stehen bei uns gemeinsam mit der ÖH-Bundesvertretung sehr wahrscheinlich auch Verhandlungen mit dem Bildungsministerium zu einem neuen Universitätsgesetz an. Ein neues Universitätsgesetz hieß nämlich in der Vergangenheit immer: mehr Einschränkungen für Studierende – und da wirken wir dagegen.

Wir bleiben auch weiterhin laut und kämpfen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und andere Diskriminierungsformen. Das machen wir nicht nur, wenn wir auf die Straße gehen und unseren Unmut dort äußern – wir greifen auch direkt die diskriminierenden Strukturen der Uni und des Systems an, wo wir können.

Antirassistisch, antisexistisch und antifaschistisch ins neue Semester!



HOCHSCHULE

HÖBELT & DIE FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, das steht im Staatsgrundgesetz und so lauten auch die Worte beim Stiegenaufgang des Neuen Institutsgebäudes, die so Studierenden täglich in Erinnerung gerufen werden. Im Falle von Lothar Höbelt, Professor am Institut für Geschichte, nützt die Uni Wien das Zitat als Mantra, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen und stattdessen zu schweigen. Es zeigt jedoch ironischerweise auch die Paradoxie dieser Haltung auf. Eine Wissenschaft, die sich in politisch rechte Netze einspinnt, wird von der Freiheit der Wissenschaft geschützt.

Im letzten halben Jahr fanden Protestaktionen rund um die Person Lothar Höbelt und dessen Vorlesung statt. Anstoß war seine Teilnahme an einer Tagung zum Thema *Volk* 2019, bei der er einen Vortrag über *„Entgermanisierung? Österreich und Deutschland nach 1945“* gehalten hatte.¹ Im Anschluss an die erste Aktion haben wir unser Recherchekollektiv gegründet, um die strukturellen Probleme dieses Phänomens sichtbar zu machen. Wir wollen aufzeigen, wie Höbelt als Universitätsprofessor durch seine Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen diese wissenschaftlich legitimiert. Die Strukturen, in denen diese Tagung angesiedelt war und in denen Höbelt interagiert, werden im Folgenden nachgezeichnet.

Die erwähnte Tagung des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) aus Deutschland wurde vom *Freiheitlichen Akademikerverband Steiermark* mitveranstaltet – eine Organisation, die das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) als rechtsextrem einstuft.² Das IfS ist eine ‚neurechte Denkfabrik‘, welche seit dem Jahr 2000 aktiv ist. Die Ziele dieser Organisation sind die Bildung und Ausbildung einer neuen Generation rechter Denker*innen und die Vernetzung von Vereinigungen des rechten Randes.³ Der Publizist Götz Kubitschek, einer der Gründer und Aushängeschild des IfS, bezieht sich auf die ‚Konservative Revolution‘, eine Strömung reaktionär Denkender während der Weimarer Republik mit dem Ziel, diese durch eine Autokratie zu ersetzen. Sie gelten als ideologische Wegbereiter des Nationalsozialismus. Es zeigt sich schnell, dass es sich hier um einen halbherzigen Versuch des IfS handelt, sich von der NS-Ideologie zu distanzieren, ohne sich von deren Werten lösen zu müssen. Der Begriff ‚konservativ‘ soll gleichzeitig eine politische Mäßigung suggerieren. Zu den Sprecher_innen beim IfS gehören unter anderem der Anführer der *Identitären Bewegung Österreich* Martin Sellner, der seit Jahren zu den *Winter- und Sommerakademien* in Deutschland reist und dort einen Teil seiner Ausbildung und Radikalisierung erfahren hat. Neben weiteren Österreicher_innen wie Barbara Rosenkranz hat sich in den letzten Jahren die *Crème de la Crème der Alternative für Deutschland* (AfD) hinzugesellt.

- Herbstakademie: Tagungsprogramm. bit.ly/2SUx5Ax (letzter Zugriff: 30.12.2019)
- DÖW: Eintrag „Neue Aula“ – alte Bekannte. bit.ly/2uelEJA (letzter Zugriff: 30.12.2019)
- IfS: Arbeitsgebiete. bit.ly/2ZSD1do (letzter Zugriff: 05.01.2020)



So hielten zum Beispiel Alice Weidel, Alexander Gauland, Jörg Meuthen und Marc Jongen in diesem Rahmen Vorträge. Das IfS hat zum Ziel, die Demokratie in Europa zu zerstören, und kann keinesfalls als legitimer Gesprächspartner in einem politischen Diskurs gesehen werden. Trotzdem argumentiert Höbelt seine Teilnahme damit, dass er mit allen Diskursteilnehmer_innen sprechen wolle. Dass dieses Bekenntnis zum offenen Diskurs eher ein aufgesetztes ist, zeigt sein bisheriges Engagement.

Bevor er seine Professur an der Universität annahm, publizierte er unter anderem bei der rechtsextremen Zeitschrift *Aula*.⁴ Seit deren Auflösung schreibt er auch für das – etwas milder gehaltene – Nachfolgemagazin *Freilich*.⁵ Höbelts Habilitation *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreihheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (1990) wirft ein Schlaglicht auf seine Art der Geschichtsschreibung. Detailreich und rhetorisch versiert fügt er, ohne Interesse an (sozialen) Strukturen, Einzelheiten aneinander. Die Rekonstruktion solcher Verbindungen hätte einen wissenschaftlichen Mehrwert, der über eine Faktensammlung hinausginge.⁶ Verbunden mit der Tatsache, dass der Autor den Antisemitismus der nationalliberalen Strömungen als unwichtiges Beiwerk abtut und sich nicht angemessen damit auseinandersetzt, lässt das die Arbeit fragwürdig erscheinen. Die weite Verbreitung antisemitischer Überzeugungen im 19. Jahrhundert ist unter den meisten

- derStandard: „Für die FPÖ ist das BZÖ belanglos“. bit.ly/2Fm6UdZ (letzter Zugriff: 30.12.2019)
- DÖW: „Freilich“: „Aula“-Nachfolgemagazin präsentiert. bit.ly/36tXb1o (letzter Zugriff: 30.12.2019)
- Margit Reiter: Rezension von: Lothar Höbelt (Hrsg.): *Aufstieg und ‚Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen‘ 1948–1955*. Böhlaus, Wien 2015 (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek. Band 50). In: *sehpunkte*. Band 16 (7/8).

Foto: Presseservice Wien

Historiker_innen unbestritten und gilt als prägendes Element des deutschnationalen Spektrums. Die Begründung seiner Abkehr von dieser Einsicht hätte somit in Höbelts Habilitation ein eigenes Kapitel verdient. So bleibt, dass Höbelt Antisemitismus im Text als zentrales Element bestreitet. Dies ergibt Sinn, wenn die Leser_innen Höbelts Nähe zur damaligen Haider-FPÖ mitdenken – da wäre das Eingeständnis antisemitischer Tendenzen der historischen Vorgänger_innen durch einen parteiaffinen Historiker ein großer Schaden gewesen.

Die große Frage bleibt, warum ein Historiker mit solcher Vernetzung von der Universität Wien überhaupt zum Professor bestellt und dadurch in einen unkündbaren Status erhoben wurde.

„Höbelts Vorlesung ist zu diesem Zeitpunkt nur noch ein Stellvertreterkrieg, bei dem es eigentlich um eine ganz andere Thematik geht: nicht, ob Höbelt unterrichten sollte oder nicht, sondern wem der Raum an der Universität gehört.“

Wer von Studierenden oder Lehrenden Informationen über Höbelts Lehrveranstaltungen einholt, bekommt Einschätzungen zu hören, die von „wissenschaftlich einwandfrei“, „anekdotenlastig“ bis zu „selektive Geschichtsschreibung“ reichen. Etwas, das strafrechtlich als Wiederbetätigung zu werten wäre, ist nicht vorhanden. Darauf stützt sich die Universität Wien, wenn sie sich auf die Freiheit der Lehre beruft und dadurch der Verantwortung entzieht, zum Fall Höbelt Stellung zu beziehen.

Deutlich zu Tage trat das Problem im Dezember 2019: an zwei Terminen betrieben *Identitäre* und *Burschenschaftler*, teilweise in Couleur, ‚Saalschutz‘. Auf symbolischer Ebene identifizierten sie sich mit ihm und traten als vereinigte Rechte auf. Sie nutzten den Trubel um Höbelt, um sich die Universität Wien von den ‚Linksfaschisten‘ zurückzuholen. Höbelts Vorlesung ist zu diesem Zeitpunkt nur noch ein Stellvertreterkrieg, bei dem es eigentlich um eine ganz andere Thematik geht: nicht, ob Höbelt unterrichten sollte oder nicht, sondern wem der Raum an der Universität gehört. Menschen wie Höbelt, die ihre hierarchisch hochgestellten Positionen nutzen, um rechte Politik zu machen, schaffen Strukturen an der Uni, um diese in ihrem Sinne zu verwerthen. Dies wurde auch bei der Veröffentlichung des *Bericht[s] der Historikerkommission* sichtbar, welcher hauptsächlich aus Aufsätzen parteinaher Akteur_innen besteht.

In diesem Bericht entzieht sich Höbelt einer eigenen Stellungnahme, meint allerdings, dass Anton Reinthaller, der erste Parteiohmann der FPÖ, auf symbolischer Ebene kritisiert werde. Jener war unter anderem NSDAP-Mitglied, als diese noch verboten war, NSDAP-Landwirtschaftsminister sowie SS-Brigadeführer. Diesem offiziellen Repräsentanten und Nutznießer des Terrorregimes sei, nach Höbelt, nichts persönlich vorzuwerfen. Allein die Karriere macht die Linientreue und damit Involviertheit des Politikers deutlich. Lächerlich wird die von Höbelt getroffene Unterscheidung angesichts des Quellenmaterials, welches die Zeithistorikerin Margit Reiter – die von Höbelt übrigens ignoriert wird – für ihre Studie *Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ* heranzieht: Der Nachlass Reinthallers liegt im Oberösterreichischen Landesarchiv. Darin findet Reiter Nachweise dafür, dass Reinthaller auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs überzeugter – symbolisch durch Kerkerhaft geläuterter, persönlich weiter begeisterter – Nationalsozia-

list war.⁷

Ebenfalls problematisch ist Höbelts Verbindung zum von der FPÖ Anfang der 90er-Jahre produzierten Film *So herrschen sie*, in dem ein Hitlergruß von Julius Raab gefälscht wurde. Auch ohne diese Manipulation ist der Film von Geschichtsrevisionismus geprägt, da der Ursprung der Sozialdemokrat_innen und Christlichsozialen im Zweiten Weltkrieg erklärt und die Rolle der eigenen Partei vollkommen außer Acht gelassen wird. Die Fälschung wurde vom ORF in seiner Dokumentation *So fälschen sie* aufgedeckt, in der auch Höbelt einen kurzen Auftritt als Konsulent des *Freiheitlichen Bildungswerks* hat. In diesem Interview verteidigt Höbelt den Film mit der Argumentation, dass die Fälschung nur eine ironische Formulierung dafür sei, dass sich viele Personen mitreißen hätten lassen und es nur ein filmischer Gag sei.⁸

Unter dem Vorwand, die Freiheit der Lehre schützen zu wollen, schweigen Rektorat, Dekane und Institute. Bestimmt gibt es sehr viele Konzepte von Freiheit, aber die ‚Freiheit der Lehre und Wissenschaft‘, die wir anstreben sollten, darf keine blinde Reproduktion des Mythos von wertfreier, objektiver Wissenschaft sein. Wissenschaft ist niemals frei von gesellschaftlichen Strukturen. Die Freiheit, die wir anstreben sollten, ist eine der Diskussionen, in denen wir aufzeigen, in welchen Machtstrukturen sich Wissenschaft befindet und wie wir darin handeln können. Durch das konsequente Schweigen der Universität Wien und ihrer Vertreter_innen kann Höbelt seine Position weiterhin dazu nützen, rechtsextreme Milieus zu stärken, ohne dass darüber gesprochen wird. Studierenden fehlt die öffentliche Legitimation, um dieses Geschehen wissenschaftlich aufzuzeigen und zu kontextualisieren. Die Universität Wien ist keine homogene Masse und es gibt Gruppen, die sich mit rechten Strukturen an der Uni befassen wollen und dies auch tun. Was uns fehlt, sind hierarchisch höhergestellte Personen an der Universität, die diese Arbeit legitimieren, indem sie sich dazu bekennen und Personen wie Höbelt auf Augenhöhe begegnen.

Warum äußert sich das Rektorat der Universität Wien nicht? Warum sagen sie nicht, Wissenschaft und Lehre sind frei und ja, wir haben einen rechten Professor an unserer Uni?

Astrid Pohl, David Mothwurf,
Maria Prchal und Tabea Söregi
für die Bagru Europäische Ethnologie und IG Geschichte

- Margit Reiter: *Die Ehemaligen: Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ*. Göttingen 2019.
- So fälschen sie. ORF-Doku. Erstausstrahlung 16.12.1993 im Inlandsreport. Zeitangabe: Ab 00:10:03.



AUTORITÄRE SOZIOLOGIE

Über die Soziologie und den Umgang mit der Neuen Rechten

Nicht nur Soziologie-Studierende müssen immer wieder mit Erstaunen feststellen, wie frei von kritischer Gesellschaftstheorie die akademische deutschsprachige Sozialwissenschaft ist. Gleichzeitig schreckt diese meist ratlos zurück, wenn es darum geht, Erklärungen für aktuelle autoritäre Phänomene zu finden. Dass diese Problematiken auch in der Geschichte der Wissenschaft wurzeln, stellen Andreas Kranebitter und Christoph Reinprecht in ihrem gerade erschienenen Sammelband *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich* fest.

Bis heute leidet die Soziologie unter ihrem Schweigen zum Nationalsozialismus. Während dafür in den Jahren nach 1945 auch die persönliche Verstrickung vieler Soziolog_innen eine Rolle spielte, kam für die österreichische Sozialforschung erschwerend und nachhaltig hinzu, dass die nach der vermeintlichen Entnazifizierung der Universitäten frei gewordenen Stellen hauptsächlich mit Personal besetzt wurden, welches bereits im Austrofascismus geforscht und gelehrt hatte. Die wissenschaftliche Ausrichtung bestand daher aus einer katholisch-nationalistischen Soziallehre, welche den autoritären Ständestaat propagierte und ungebrochen antisemitisch argumentierte. Die wenigen

jüdischen und austromarxistischen Wissenschaftler_innen, die an eine Rückkehr aus dem Exil dachten, waren für die Universitäten nicht von Interesse.¹ Erschwerend für die soziologische Erforschung des Nationalsozialismus kam die allgegenwärtige Behauptung hinzu, Österreich wäre nicht Täter, sondern Opfer des Nationalsozialismus gewesen.²

Die politische Herkunft der neuen Soziolog_innen zeigte aber auch Auswirkungen auf epistemologischer Ebene. Mit der katholischen Soziallehre einhergehende Modernisierungstheorien und Rationalitätsparadigmen führten dazu, dass die Shoah lediglich als abweichendes Verhalten oder als von außen auf die Gesellschaft hereinbrechende Katastrophe begriffen werden konnte.³ So erkennt etwa Karin Stögner: „Solche Sicht blendet

1 Christoph Reinprecht, Lange Schatten. Das Erbe der Nachkriegssoziologie, in: Andreas Kranebitter / Christoph Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, Bielefeld 2019, S. 429–458, hier: S. 435f.

2 Maja Suderland / Michaela Christ, Nationalsozialismus und Soziologie. Vom Sinn der Intensivierung eines komplexen Verhältnisses, in: Kranebitter/Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, S. 61–70, hier: S. 66.

3 Andreas Kranebitter / Christoph Reinprecht, *Soziologie und Nationalsozia-*

die Dialektik aus, dass die Shoah als Zivilisationsbruch doch innerster Ausdruck eben dieser Zivilisation ist.“⁴

Schlussendlich führte die katholische Vereinnahmung in weiterer Folge zu einer zweckorientierten und weitgehend theoriefreien Sozialforschung. Strukturell und personell im Umfeld der Kirche und der ÖVP verankert, verfolgte diese das Ziel, Anwendungswissen für die Wiederinstallation einer österreichischen Nation zu generieren.⁵ Das damit einhergehende Fehlen (kritischer) Gesellschaftstheorie ist teilweise bis heute spürbar. Das zeigt sich unter anderem an der Ratlosigkeit, mit der weite Teile der Soziologie vor aktuellen autoritären Phänomenen stehen. Weiters stellt mangelndes Interesse einen Grund dar, weshalb auch außerhalb Österreichs wichtige Erkenntnisse über Dynamiken und Prozesse, die potenziell autoritäre Auswirkungen haben, fehlen.

Wie umgehen mit der Neuen Rechten?

Der neue Kampf um rechte Hegemonie im deutschsprachigen Raum führt unter anderem dazu, dass nun auch in Deutschland dem parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus eine legitime Position eingeräumt wird. Gleichzeitig herrscht Unsicherheit über den Umgang mit rechtem Gedankengut. Anstatt der Einsicht Rechnung zu tragen, dass Rechte immer versuchen, mit Propagandamaßnahmen Diskurse an sich zu reißen, wird von beispielsweise linksliberaler Seite meist versucht, in einem Dialog um das bessere Argument zu streiten und sich auf einem vermeintlichen Marktplatz der Ideen durchzusetzen.

Neu an der Neuen Rechten ist auch deren Anspruch, an die bürgerliche Zivilgesellschaft anzuschließen und für diese anschlussfähig zu sein. Während sich bis in die 2000er-Jahre Neonazis meist außerhalb des öffentlichen Diskurses bewegten und eher als Subkultur agierten, wird heute versucht, von der breiten Masse gehört zu werden.⁶ Besonders die sogenannte *Identitäre Bewegung* verfolgt verstärkt die Strategie, im universitären Kontext sichtbar zu sein und sich mit scheinbar wissenschaftlichen Inhalten zu legitimieren. Aktuelle, teils akademische Debatten, werden für sich vereinnahmt und völkisch-rassistisch umgedeutet. Nach wie vor ist für Rechtsextreme, auch wenn sich der Umgang damit gewandelt hat, die Beschäftigung mit der Geschichte und dem Nationalsozialismus ein unumgängliches Thema. Statt die NS-Vergangenheit positiv umzudeuten, wird nun von der Neuen Rechten die Abwehr eines ‚Schuldkomplexes‘ und die Hinwendung zur Zukunft gefordert.⁷ Hier lässt sich auch der Anschluss zum Themenkomplex der Soziologie im Nationalsozialismus finden. Die vor allem in Wien verfolgte Strategie, eine Soziologie des Aufbaus anstelle einer Soziologie der Aufar-

lismus in Österreich. Eine Einleitung, in: Kranebitter/ Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, S. 9–58, hier: S. 11.

4 Karin Stögner, Sekundärer Antisemitismus – Aktualisierung eines Beitrags der Kritischen Theorie zur Nachkriegssoziologie, in: Kranebitter/Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, S. 535–552, hier: S. 537.

5 Reinprecht, Lange Schatten, S. 440 ff.

6 Dies gilt speziell für den deutschen Diskurs, da in Österreich die extreme Rechte durchgängig in der Zweiten Republik auch mit ehemaligen hochrangigen Nationalsozialisten im Parlament vertreten war.

7 Alia Wielens / Matti-Léon Klieme / Lena Inowlocki, Diskursmodernisierungen durch die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative im Verhältnis zu früheren Gruppen der extremen Rechten, in: Kranebitter/ Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, S. 511–534, hier: S. 511.

beitung zu etablieren, deutet darauf hin, dass das Motiv, einen Schlussstrich unter das Geschehene zu ziehen, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen war und ist. Während rechte Strukturen diesen Schlussstrich offen fordern, ist er von weiten Teilen der Zivilgesellschaft und die längste Zeit auch vom Soziologiebetrieb latent bis heute erwünscht, um sich jeweils nicht mit der eigenen Schuld auseinandersetzen zu müssen.

Die neue Salonfähigkeit rechter Positionen sollte zum Anlass genommen werden, Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu begreifen. Die Kompatibilität bürgerlicher Kategorien mit rechten Inhalten und neuer rechter Positionen mit dem öffentlichen Diskurs deutet darüber hinaus darauf hin, dass diese Anschlussfähigkeit den bürgerlichen Kategorien selbst nach wie vor inhärent ist. Linksliberale Versuche, in einen Dialog mit Rechten zu treten und die vermeintlich demokratische Zivilgesellschaft zu retten, sind zum Scheitern verurteilt, da weder diese noch eine gesellschaftliche Mitte, die weder links noch rechts ist, existieren. Vielmehr muss von einer postfaschistischen Gesellschaft ausgegangen werden, in der es Rechtsextremen vermehrt gelingt, bereits akzeptierte Kategorien aufzugreifen und Hegemonie in ihnen zu erlangen. So ist beispielsweise der Rassismus der Identitären nur eine extremere Ausformung des öffentlich anerkannten Konzepts von Nation, in welchem manche Menschen als vollwertige Bürger_innen anerkannt sind und andere (wie Immigrant_innen oder Erwerbslose) eben nicht. Neben der offensiven und kompromisslosen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen braucht es daher vor allem auch eine Kritik der bürgerlichen Kategorien an sich und damit der Gesellschaft, welche Rechtsextremismus ermöglicht. Dies kann und muss Aufgabe einer modernen Soziologie sein, welche die Etablierung neurechter Positionen zum Anlass nehmen kann, kritisch auf gesellschaftliche ideologische Muster hinzuweisen. Gleichzeitig muss die Vorstellung einer empirischen Soziologie hinterfragt werden, die menschenfeindliche Positionen legitimiert, indem sie den von vorneherein zum Scheitern verurteilten Versuch unternimmt, Sozialwissenschaft als Naturwissenschaft zu betreiben. Denn Soziologie, die „(...) sich bei einem Pluralismus der Verfahrensweisen bescheidet, (...) unterstützt was ist, im Übereifer, zu sagen was ist. Sie wird Ideologie im strengen Sinn, notwendiger Schein.“⁸

Marian Demitsch 

VÖLKISCHE UMTRIEBE AN DER UNI WIEN

Zum wöchentlichen Aufmarsch deutschnationaler Burschenschaftler auf der Unirampe

Jeden Mittwoch um die Mittagszeit versammelt sich eine Handvoll völkischer Korporierter vor dem Portal der Universität. Das Stelldichein steht in antisemitischer Tradition und bot bereits Rechtsextremen von der FPÖ bis hin zu gewaltbereiten Neonazis einen Anlaufpunkt.

Woche für Woche bietet sich auf der Rampe der Universität Wien dasselbe Bild: Eine Gruppe junger Männer in Couleur – so nennt man die Kopfbedeckung und das Band in den Farben studentischer Verbindungen – versammelt sich vor dem Haupteingang. Diesen Aufmarsch bezeichnen sie selbst als „Farbenbummel“, dessen Ziel ist es, Präsenz und Stärke an der Universität zu zeigen.

Wenngleich das knappe Dutzend Studenten mit ihrem eigentümlichen Kopfschmuck eher skurril als gefährlich anmutet und nach kaum einer Viertelstunde bereits wieder den Rückzug auf seine Buden antritt, so ist der Stellenwert dieser Veranstaltung dennoch nicht zu unterschätzen. Es handelt sich hierbei um eine politische Veranstaltung in Österreich, die über Jahrzehnte regelmäßig stattfindet. Dieser Umstand macht Gegenproteste auf Dauer ressourcenintensiv, bietet andererseits aber eine gute Gelegenheit, politische und personelle Entwicklungen jener Wiener Korporationen, die im deutschnationalen *Wiener Korporationsring* (WKR) organisiert sind, nachzuvollziehen. In dieser Dachorganisation sammeln sich nicht nur Burschenschaften, wie oft simplifizierend behauptet wird, sondern auch akademische Corps, eine Grenzlandsmannschaft, eine Landsmannschaft, eine Jägerschaft, ein Turnverein, die *Tafelrunde Wiking zu Wiener Neustadt* und der *Verein deutscher Studenten Sudetia*. Wenngleich einige Spezifika diese Korporationen trennen, sind sie doch durch eine strenge rechtsextreme und deutschnationale Ideologie sowie ihr homosoziales Gefüge als reine Männerbünde vereint. Auch erweisen sich viele der im WKR organisierten Korporationen als eng mit der außerparlamentarischen extremen Rechten sowie der neonazistischen Szene verwoben. Man spricht hier von einer „Scharnierfunktion“ der Korporationen zwischen Neonazis und anderen außerparlamentarisch-rechtsextremen Akteur_innen einerseits und der FPÖ andererseits. Das birgt gefährliche Potentiale: In der österreichischen Geschichte ist kaum eine politische Gewalttat von rechts zu finden, deren Täter nicht Verbindungen zu Burschenschaften aufwiesen. Die Burschenschaft *Olympia* wurde wegen ihrer Verwicklung in den Südtirolterrorismus sogar zeitweise von den Behörden aufgelöst.

Von Neonazis bis zur FPÖ

Diese Vernetzung und personelle Überschneidung zwischen deutschnationalen Korporationen und Akteur_innen der extremen Rechten ist auch beim wöchentlichen Bummel zu beobachten. So gehörte mindestens ein Mitglied sowie ein ehemaliges Mitglied besagter *Olympia* zu den Gründern der neofaschistischen *Identitären Bewegung* und ein Mitglied des *Corps Hansea* zu den langjährigen Aktivisten dieser Gruppe. Im Oktober 2019

nahmen drei Identitäre und Burschenschaftler der Marburger Burschenschaft *Germania* am Aufmarsch an der Uni Wien teil. Dieser Schulterchluss rechtsextremer Strukturen an der Universität setzt sich aktuell beim Saalschutz für den FPÖ-nahen Professor Lothar Höbelt fort. Auch Neonazis aus der Hooligangruppe *Unsterblich des FC Austria Wien* sind zum einen gern gesehene Besucher in den Buden der Korporationen, zeigten sich aber in der Vergangenheit auch mindestens einmal im Oktober 2014 beim Bummel. Zuletzt bestätigte der ehemalige Bonner Stadtrat und Burschenschaftler Christopher Mengersen, wes Geistes Kinder sich jede Woche vor der Universität versammeln. Er hielt am 8. Mai 2019, dem Tag, an dem sich die Befreiung Österreichs und Deutschlands vom Nationalsozialismus jährt, eine Rede, in der er die Wehrmacht heroisierte und den Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus zu bedauern schien.

„Jeder einzelne Mitgliedsbund des Wiener Korporationsrings hatte im Krieg seine Opfer zu beklagen. [...] Sie starben, damit wir leben können, ihr Vermächtnis ist unser Auftrag.“

Mit dieser Rede wurde erneut deutlich, wie schmal der Grat zwischen den Ansichten des *Wiener Korporationsrings* und der Ideologie des Nationalsozialismus ist.

Gefahr von Rechts

Auch Vorfälle von Gewalt oder Einschüchterungsversuche gegen politische Gegner_innen sind evident. So kam es etwa bei einem Bummel an der Technischen Universität zu einem Angriff mit metallenen Stühlen auf Gegendemonstrant_innen, der nur mit Glück keine ernsthaften Verletzungen nach sich zog. Zeug_innen zufolge hat im Nachklang eines Bummels an der Wiener Wirtschaftsuniversität ein Burschenschaftler ein Messer gezogen und nach einem Wortgefecht Student_innen damit bedroht. An der Universität Wien ist eine Gruppe Korporierter außerdem geschlossen nach dem Bummel in vollem Couleur in die Lehrveranstaltung eines kritischen Lehrenden gegangen, um sich dort gut sichtbar hinter den Reihen der Studierenden aufzustellen, was einhellig als Einschüchterungsversuch aufgefasst wurde und unter den Anwesenden für Verunsicherung sorgte.

Diese Ereignisse verdeutlichen gemeinsam mit der beschriebenen ideologischen Verfasstheit der deutschnationalen Korporierten die Bedrohlichkeit der Veranstaltung. Für Antifaschist_innen sind das gute Gründe, gegen die Veranstaltung zu demonstrieren. Weshalb dies in den vergangenen Jahren dennoch nicht durchgehend geschehen ist, wollen wir hier nachfolgend beschreiben.

Protest. Aber wie?

Die Proteste gegen den wöchentlichen Aufmarsch der rechtsextremen Korporierten wuchsen in jüngerer Vergangenheit vor allem in Verbindung mit den Kampagnen des NOWKR-Bündnisses, die den Bummel in Verbindung mit dem WKR-Ball (später Akademikerball) breit thematisierten. So besetzten vor allem autonome Antifaschist_innen fast jeden Mittwoch mit Trans-



parenten und Musik das Plateau der Rampe und zwangen die Korporierten, beschallt von Parolen und ihrer Sichtbarkeit beraubt, am Fuße der Stufen vor dem Haupteingang der Uni Wien zu stehen. Punktuell räumte die Polizei den Rechtsextremen das Plateau vor dem Portal gewaltsam frei oder geleitete sie unter massivem Polizeischutz zum Siegfriedskopf im Arkadenhof der Universität. Dieser Siegfriedskopf ist ein antisemitisches Symbol, das die Verschwörungstheorie des jüdischen Verrats an der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg darstellen soll. Es stand jahrzehntelang prominent in der Aula der Universität. Erst aufgrund antifaschistischer Proteste, die dem steinernen Siegfried im Jahr 2002 schlussendlich die Nase kosteten, wurde der Siegfriedskopf von seinem ursprünglichen Platz in den Hof und hinter Glas verbannt. Das Glas ist zudem mit dem Tagebuch einer jüdischen Studentin beschriftet, die von den antisemitischen Schikanen der 30er-Jahre berichtet.

Der beständige antifaschistische Widerspruch der Jahre 2014 und 2015 veranlasste die Korporierten sogar dazu, den Bummel eine Zeitlang an andere Universitäten zu verlagern. So versuchten sie, den Protesten zu entgehen und sich endlich wieder ungestört versammeln zu können. Ein Plan, der nur bedingt aufging, denn auch an der TU formierte sich alsbald Widerstand gegen das völkische Treiben und auch an der Uni Wien blieben die Proteste noch eine Weile aufrecht. Dennoch bedeutete der ständige Ortswechsel eine Schwächung der antifaschistischen Mobilisierung. Ausschlaggebend für das zeitweilige Aussetzen der Proteste dürfte jedoch die Auflösung des Bündnisses NO-WKR gewesen sein, das die Kundgebung an der Universität Jahr für Jahr in seine Kampagnenarbeit eingebunden und eine nicht

zu vernachlässigende Mobilisierungsstärke aufgewiesen hatte. Auch der Umstand, dass die Polizei die Gegenkundgebungen immer häufiger und zuletzt vollständig untersagte, hat der Mobilisierung zugesetzt. Seit Anfang 2018 gab es keine Gegenproteste mehr und somit auch kaum öffentlich wahrnehmbare Kritik am Couleurbummel im Besonderen und an den rechtsextremen Aktivitäten an der Uni im Allgemeinen. Lediglich die Dokumentation des allwöchentlichen Geschehens auf der Rampe konnte weiter aufrechterhalten werden.

Neuanfang

Nachdem das Verbot der Proteste nach einem langen Rechtsstreit erfolgreich vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpft worden war, stand einem Neustart formal nichts mehr im Wege. Seit bald zwei Monaten laufen diese nun wieder an. Die völkischen Umtriebe am Haupteingang der Universität bleiben nicht länger unwidersprochen. Wenngleich dieser regelmäßige Kristallisationspunkt vor allem symbolischen Wert für die Deutschnationalen hat, so ist es dennoch von Bedeutung, ihm entgegenzutreten, Widerspruch sichtbar und hörbar zu machen. Denn jeder Raum, den Burschenschaftler für sich beanspruchen, ist ein Raum, an dem sich nicht mehr alle Studierenden sicher fühlen können. Das dürfen und werden wir als Antifaschist_innen nicht hinnehmen.

DÜRFEN DIE BURSCHENSCHAFTER WIRKLICH IN DER UNI WIEN AUFMARSCHIEREN?



Fast jede Woche marschieren extrem rechte Burschenschafter auf der Rampe der Universität Wien auf. Seit Jahren behauptet die Uni-Leitung, dass sie keine Handhabe habe: Die Uni-Rampe sei öffentlicher Grund. Doch das ist nachweislich falsch.

Es ist eigentlich ein trauriger Haufen, der sich fast jeden Mittwoch auf der Rampe der Universität Wien versammelt. Bestenfalls 20 junge Männer, sie stehen im Kreis, wirken unsicher. Manchmal wird eine kurze Rede gehalten, manchmal wird darauf verzichtet. Im Hintergrund steht oft ein alter Herr, der offenbar so manche Fäden zieht.

Rasur oder Mensur?

Gar nicht so selten trägt einer der Jünglinge einen Verband im Gesicht. Ob die Blutspuren von einem Missgeschick beim Fechten stammen oder vom Unvermögen zur Glattrasur, das kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Bekleidet sind die meisten Anwesenden mit seltsamen Mützen und Schleifen in unterschiedlichen Farben. Fast überall dabei ist eine Kombination von Schwarz, Rot und Gold, Deutschland ist hier groß in Mode.

„Die extrem rechten Strukturen, die hier zusammenkommen, sind äußerst einschlägig und potentiell gefährlich.“

Kein Wunder: Es sind Mitglieder verschiedener deutschnationaler Studentenverbindungen, die mit einem sogenannten ‚Bummel‘ Präsenz vor der Universität Wien zeigen wollen. Sie sind Mitglieder extrem rechter Burschenschaften, Jägerschaften, Sängerschaften, Turnerverbindungen oder Corps. In der breiteren Öffentlichkeit werden diese schlagenden Verbindungen oft als Burschenschaften zusammengefasst.

Das Treiben vor der Universität wirkt bestenfalls skurril. Doch tatsächlich sind die extrem rechten Strukturen, die hier zusammenkommen, äußerst einschlägig und potentiell gefährlich. Denn die deutsch-

nationalen Verbindungen bilden seit Jahrzehnten den Kaderkern der verschiedenen Elemente der extremen Rechten, von der FPÖ über die neofaschistische Gruppe *Identitäre Bewegung* bis zum militanten Neonazismus. Die Buden der Verbindungen sind Treffpunkte für die verschiedenen Flügel, Waffenstudenten haben damit eine kaum zu unterschätzende Scharnierfunktion für die gesamte extreme Rechte.

Wiener Polizist_innen schützen ...

Beschützt wird das einschlägige Treiben von der Wiener Polizei. Mehrmals frage ich am Rand der Aufmärsche Einsatzleiter der Polizei, ob der Aufmarsch angemeldet wäre. Alle bejahen das. Das macht stutzig – sind wir hier nicht auf Privatgelände?

Augenscheinlich gehört die Rampe zum Gelände der Universität Wien. Wie können die Burschenschafter hier einen Aufmarsch anmelden? Und kann die Uni wirklich nichts tun?

Wem gehört die Uni-Rampe?

Zwischen der ÖH der Universität Wien und dem Rektorat tobt seit Jahren ein erbitterter Streit um den extrem rechten Aufmarsch auf der Uni-Rampe. Regelmäßig protestiert die Studierendenvertretung gegenüber der Uni-Leitung und fordert Maßnahmen gegen das einschlägige Treiben. Laut ÖH-Vertreter_innen behauptet das Rektorat in diesen Debatten grundsätzlich, dass die Uni-Rampe nicht zum Gelände der Universität Wien gehöre. Damit seien der Universität die Hände gebunden.

Seitens der ÖH Uni Wien etwa heißt es im Gespräch: „Seit Jahren wird uns vermittelt, dass die Rampe, die zum Eingang des Hauptgebäudes der Universität Wien führt, öffentliches Gelände ist.“ Erst im August 2019 habe Rektor Heinz Engl auf ihre Anfrage betont, dass es sich bei der Rampe „nicht um Universitätsgelände, sondern um öffentlichen Grund handelt, weshalb ihm bezüglich einer Untersagung des Aufmarschs deutschnationaler Burschenschafter die Hände gebunden seien“, so die ÖH Uni Wien.

Mehrere andere ÖH-Vertreterinnen bestätigen mir gegenüber gleichlautende Aussagen der Uni-Leitung aus den letzten Jahren. Der Schönheitsfehler: Die Behauptung, dass die Uni-Rampe öffentlicher Grund ist, ist nachweislich falsch. Wenn die Universität Wien das tatsächlich so darstellt, würde das bedeuten, dass sie seit Jahren systematisch die Studierendenvertretung belügt.

Hat die Uni Wien die Studierenden belogen?

Es ist gar nicht so einfach, die Besitzverhältnisse an einem bestimmten Gebäude in Wien auf den Meter

genau zu bestimmen. Doch im Baukataster der Stadt Wien findet sich schließlich ein genauer Plan des Hauptgebäudes der Universität Wien.

Und dieser Plan zeigt: Die gesamte Uni-Rampe und die Stiegen vom Ring zur Universität Wien sind eindeutig Universitätsgelände. Auf Anfrage bestätigt die für das Immobilienmanagement zuständige Wiener Magistratsabteilung 69, dass der gesamte Bereich der Rampe und der Stiege zum Gelände der Universität zählt. Falls das Rektorat also gegenüber der Studierendenvertretung tatsächlich aussagen würde, dass die Rampe öffentlicher Grund sei, wäre das schlicht gelogen.

„Es wäre ein Skandal, wenn das Rektorat die Studierendenvertretung über Jahre systematisch belogen hätte.“

Das verdächtige Schweigen der Universität

Die Universität Wien will sich trotz zahlreicher Anfragen weder zum Aufmarsch der Burschenschaften noch zu diesen Vorwürfen äußern. Eine erste telefonische Anfrage an Uni-Sprecherin Cornelia Blum ergeht bereits am 22. November, unmittelbar danach sende ich ihr auf ihr Ersuchen einen umfangreichen Fragenkatalog. Es folgen eine Vielzahl von ergebnislosen Telefonaten, Mails und SMS. Bei einer Nachfrage, wann ich mit einer Antwort rechnen könne, wird mitten im Gespräch einfach aufgelegt. Am 2. Dezember folgt schließlich das Versprechen per SMS: „Antwort kommt heute oder morgen.“

Doch trotz zahlreicher weiterer Anfragen ist auch danach bis Mitte Jänner keinerlei Stellungnahme der Universität zu erhalten. Auch Rektor Engl habe ich eine Anfrage geschickt und ihn mit der Darstellung der Studierendenvertretung konfrontiert. Auch hier keine Antwort.

Auffallend allerdings ist, dass Blum bei unserem ersten Gespräch sofort über die Eigentumsverhältnisse der Uni-Rampe Bescheid weiß. Es wirkt, als hätte sich die Universität intern bereits auf die Diskussion vorbereitet. In diesem Gespräch gibt Blum zu, dass die Rampe Teil des Geländes der Universität Wien sei. Danach nur noch Schweigen. Offenbar sind solche Fragen der Universität Wien äußerst unangenehm. Und ein Dementi zu den erhobenen Vorwürfen sieht anders aus.

Ist der Burschenschafter-Aufmarsch dann überhaupt legal?

Egal, was die Universität Wien gegenüber der Studierendenvertretung in den letzten Jahren behauptet hat: Es ist eindeutig, dass die Rampe der Uni Wien zum Gelände der Universität zählt. Die Uni hat damit die Verfügungsgewalt über dieses Gelände. Rechtlich ist die Sache damit überraschenderweise aber noch nicht eindeutig geklärt.

Stefan Kittinger vom Referat für Versammlungsangelegenheiten der Landespolizeidirektion Wien bestätigt das Vorliegen einer Dauer-Kundgebungsanmeldung der Burschenschafter für die „Hauptrampe

der Uni Wien inklusive Stiege“. Als Beispiel, warum das auf Privatgelände möglich sei, nennt er den Wiener Heldenplatz: „Der ist zwar ebenfalls Privatgrund im Eigentum der Republik, vertreten durch die Burghauptmannschaft. Aber gleichzeitig ist der Platz öffentlich zugänglich. Damit ist das Anzeigen einer Kundgebung möglich.“

Die Hol-Schuld der Uni Wien

Kittinger merkt aber auch an: „Wenn die Universität Wien zu uns käme und sagt, sie will das nicht, müssten wir eine Beurteilung treffen.“ Damit gibt es also eine eindeutige Hol-Schuld der Universität Wien. Das sieht auch Verfassungsrechtlerin Brigitte Hornyk so: „Die Uni Wien müsste wohl von sich aus tätig werden“, sagt sie. „Wenn sie handeln wollen würde, könnte sie es wohl mit einer Besitzstörungsklage versuchen.“

Denn, so stellt Hornyk klar: „Das Versammlungsgesetz verbietet ja nicht, dass Grundeigentümer etwas gegen eine Kundgebung unternehmen.“ Meine Anfrage an die Universität Wien, ob das schon einmal versucht worden sei, bleibt unbeantwortet.

Und nun?

Das hartnäckige Schweigen der Universität Wien könnte mehrere Gründe haben: Zum einen wirkt es so, als wolle die Universität Wien die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Besitzverhältnisse auf der Uni-Rampe im Unklaren halten. Und es wäre natürlich ein Skandal, wenn das Rektorat die Studierendenvertretung über Jahre systematisch belogen hätte. Zum zweiten möchte sich die Universität offenbar nicht dazu äußern, ob sie irgendwann versucht hat, rechtlich gegen den Aufmarsch der Burschenschafter vorzugehen. Und zum dritten hätte eine Legalität des Burschenschafter-Aufmarschs auf dem Gelände der Universität potenziell weitreichende Folgen.

Denn nach der derzeitigen Rechtsauslegung können natürlich auch Antifaschist_innen und Linke Kundgebungen auf dem Gelände der Universität Wien anmelden. Wenn sie das verstärkt tun, wird sich vermutlich schnell herausstellen, ob die Universität Wien sich auch dann nobel zurückhält und diese Kundgebungen akzeptiert. Oder ob das Rektorat der Uni Wien jahrelang den Aufmarsch extrem rechter Burschenschafter auf der Uni-Rampe gedeckt hat.

Michael Bonvalot
ist Journalist und Autor in Wien. Er schreibt
regelmäßig für verschiedene österreichische und
internationale Medien sowie auf bonvalot.net. 📧

VON GRUPPENCHATS UND RADIKALISIERUNG

Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien in WhatsApp-Gruppen an der Uni Wien



Wenn es in Österreich um Antisemitismus, Faschismus, Rassismus, Sexismus oder Homofeindlichkeit geht, konnte noch nie von ‚Ausnahmen‘ oder ‚Einzelfällen‘ gesprochen werden – und daran ändert sich auch im Jahr 2020 noch lange nichts.

Ob wir von dem seit mehreren Jahrzehnten wöchentlich direkt vor dem Haupteingang des Hauptgebäudes („Rampe“) der Universität Wien stattfindenden und von der Uni Wien und der Polizei beschützten „Farben-Bummel“ von deutschnationalen Verbindungen reden oder von Rechtsextremen, die als unbefristete Professor_innen-Anstellungen bekommen und ihr rechtsextremes Gedankengut in ihre Lehrveranstaltungen einfließen lassen. Ob wir von dem Studenten reden, der mit seiner halbgeladenen Schusswaffe in die Uni rein und wieder raus spaziert und sich auf Twitter mehrfach und in verschieden gewalttätigen Stufen antimuslimisch/rassistisch äußert¹ oder von dem anderen diskriminierenden Alltagswahnsinn, wie zum Beispiel Sexismus oder Rassismus, den viele ertragen müssen: die Liste ist lang.

¹ ÖH Uni Wien: Kritik an Bedrohungsmanagement der Universität Wien (bit.ly/3arAhdj) (Zugriff: 20.01.2020)

Gewalt der Memes

Keines der genannten (und ähnlichen) Beispiele kann sinnvollerweise getrennt von den anderen betrachtet werden. Dass es WhatsApp-Chats gibt, in denen antisemitische, sexistische, rassistische und holocaustverharmlosende Memes geteilt werden, ist zwar jedes Mal, wenn die Inhalte veröffentlicht werden, schockierend – aber nicht unerwartet. Dass es sehr wahrscheinlich mehr Chats dieser Art gibt als die durch die ‚AG-Leaks‘ vom Mai 2017 bekannt gewordenen oder den Chat vom November 2019 an der Fakultät für Physik, sollte auch wenig überraschend sein. Weil die verschiedensten Diskriminierungsformen in Österreich strukturell und gesellschaftlich gesehen ‚normal‘ oder ‚legitim‘ sind, ist es eine Notwendigkeit, diese anzusprechen und nicht totzuschweigen. Was ist also im Herbst passiert an der Fakultät für Physik?

Wie jedes Jahr wurde eine WhatsApp-Gruppe für Erstsemestrige erstellt, welche der Vernetzung zwischen diesen dient. Nach der großen und absolut berechtigten Aufregung wegen des Studenten, der mehrmals mit einer halbgeladenen Schusswaffe an Vorlesungen teilgenommen hatte, war der Widerstand gegen antimuslimisch/rassistische Memes in der Gruppe so groß, dass die Verfasser_innen der Memes beschlossen, eine eigene WhatsApp-Gruppe zu grün-

den – mit der Absicht, keinen Widerstand zu dulden. Der Einladungslink wurde in der großen Erstsemestrigen-Gruppe (ca. 400 Personen) gepostet. Zu dem Zeitpunkt, als die Inhalte der Gruppe öffentlich gemacht wurden, befanden sich 87 Personen in dieser Gruppe, in welcher unter anderem holocaustverherrlichende, antisemitische, sexistische, rassistische, antimuslimisch/rassistische, behindertenfeindliche und nationalsozialistische Memes unter dem Deckmantel ‚Satire‘ geteilt und gefeiert wurden.

„Wenn es in Österreich um Antisemitismus, Faschismus, Rassismus, Sexismus oder Homofeindlichkeit geht, konnte noch nie von ‚Ausnahmen‘ oder ‚Einzelfällen‘ gesprochen werden – und daran ändert sich auch im Jahr 2020 noch lange nichts.“

Gewalt der Taten?

Unmittelbar nach der Veröffentlichung durch eine Recherche-Plattform passierte Folgendes:

- Die ÖH Uni Wien reichte bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstellung gegen mehrere unbekannte Verfasser_innen der Chat-Beiträge ein.²
- Die Leitung der Fakultät für Physik besuchte die Erstsemestrigen-Vorlesungen, positionierte sich klar gegen menschenverachtendes Gedankengut und kündigte rechtliche Schritte gegen die Verfasser_innen an.
- Organisierte Rechtsextreme boten den Verfasser_innen Hilfe und Unterstützung im weiteren Vorgehen an.

Das Problem an menschenverachtenden Memes wie diesen ist nicht nur, dass Personen damit diskriminiert, verletzt oder bedroht werden (auch wenn es ursprünglich als ‚Spaß‘ oder ‚Satire‘ gemeint war). Es wird damit immer wieder ein neues Level von Diskriminierung geschaffen, das gesellschaftlich gesehen akzeptiert wird – die Salonfähigkeit wird also reproduziert und gefestigt, was den Kampf dagegen erschwert. Die Konsequenzen der Herrschaftsverhältnisse schlagen sich bereits gewaltvoll nieder. Memes wie diese tragen weiter dazu bei, dass sich Diskriminierung in der Sprache so verfestigt, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis es zu einer Zuspitzung durch ausgeübte physische Gewalt kommt.

Sowohl die Anzahl der menschenverachtenden Memes als auch die Reaktionen darauf sind eigentlich erschreckend genug. Dass sich die Gruppe der Verfasser_innen nach der Veröffentlichung auf die Suche nach der Person machte, welche sie ‚verraten‘ hatte, anstatt sich mit sich selbst und ihren Taten auseinanderzusetzen, ist bezeichnend. Sie stellten sich selbst als die ‚wahren Opfer‘ dar, welche die Inhalte lediglich zur

² ÖH Uni Wien: Wiederbetätigung in Uni-Chatgruppen: ÖH Uni Wien erstattet Anzeige (bit.ly/2RDjo6G) (Zugriff: 20.01.20)

Erweiterung der Involvierten geteilt hätten. Spätestens als sich dann bekannte Rechtsextreme bei den Verfasser_innen der Beiträge meldeten, um ihnen Tipps zu geben und rechtlichen Beistand anzubieten, hätten diese merken müssen, dass ihr vermeintlicher Spaß dem Gedankengut von *Identitären & Co.* entspricht.

Was tun dagegen?

Wer von solchen oder ähnlichen Chats erfährt oder (in-)direkt betroffen ist, kann sich kostenlos zum Beispiel an folgende Stellen wenden:

ÖH Uni Wien:

- Allgemeine Beratung (persönlich, per E-Mail oder Telefon)
- Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik und Sport (anonymes Meldeformular)
- Referat für ausländische Studierende und Antirassismus (persönlich, per E-Mail oder Telefon)
- Frauen*Referat (persönlich, per E-Mail oder Telefon)

ÖH Bundesvertretung:

- Psychologische Studierendenberatung (Lederergasse 35, 4. Stock, 1080 Wien)

Universität Wien:

- Beratungsstelle Sexuelle Belästigung und Mobbing

ZARA

Zivilcourage & Anti-Rassismus Arbeit

IDB

Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen

DIE IDB

Die Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen stellt sich vor

Die IDB ist eine ehrenamtlich tätige Bildungs-NGO, die Diskriminierungserfahrungen im gesamten Bildungssystem österreichweit dokumentiert.

Gegen Ende des Jahres 2019 wurden Chatprotokolle von Studierenden der Physik-Fakultät der Universität Wien öffentlich, die antisemitische und andere menschenfeindliche Texte enthielten und – wieder einmal – deutlich machten, dass man an einer österreichischen Universität studieren kann, ohne rassistische und menschenfeindliche Vorurteile zu reflektieren oder diese im besten Fall zu überwinden.

Erfreulicherweise hat die ÖH Uni Wien sofort reagiert. „Eine Universität darf kein Vernetzungsort von Rassist_innen, Sexist_innen und Faschist_innen werden“, hieß es in einer Presseausendung. Ebenso wurde von Seiten der Studierendenvertretung ein ‚strukturelles Problem‘ geortet und Maßnahmen gefordert, um die Verbreitung solcher Ideologien künftig zu verhindern, zum Beispiel indem Lehrende vor den Vorlesungen betonen sollten, dass die Uni ein diskriminierungsfreier Raum sei.¹

„Professor_innen an öffentlichen Unis sind der religiös-weltanschaulichen Neutralität verpflichtet, was umgesetzt ein Diskriminierungsverbot von Studierenden bedeutet.“

Die Causa um Prof. Höbelt, der engste Kontakte zu rechten bis rechtsextremen Kreisen hat und von der FPÖ hofiert wird, zieht sich ebenfalls bereits seit Ende letzten Jahres, ohne dass die Universität Wien bis jetzt verantwortungsvoll reagiert hätte. Die Medien berichteten bereits damals über die Studierendenproteste.

„Wien – Studenten haben am Dienstagabend eine Vorlesung des Historikers Lothar Höbelt an der Uni Wien gestört und „Nazis raus“ skandiert. Anlass der Protestaktion ist ein Vortrag, den der außerordentliche Professor und FPÖ-Historiker bei der rechtsextremen „Herbstakademie“ des Freiheitlichen Akademikerverbandes Steiermark (FAV) halten soll. Diese hielten im Hörsaal ein Banner hoch mit der Aufschrift „Kein Raum für Nazis an der Uni“.“²

Es tut sich also etwas an den österreichischen Universitäten, genauer gesagt regt sich unter den Studierenden immer mehr Widerstand gegen Personen, die ihre rassistischen und menschenfeindlichen Positionen auf universitärem Boden im Rahmen der ‚Lehre‘ unterschwellig oder ganz offen verbreiten.

Das ist gut so! Viel zu lange wurde der Mythos aufrecht erhalten, Universitätsprofessor_innen könnten (bzw. dürften) per se nicht rassistisch, antisemitisch, islamfeindlich, sexistisch, homophob, behindertenfeindlich etc. sein, schließlich seien sie ja – an öffentlichen Unis – der religiös-weltanschaulichen Neutralität verpflichtet, was umgesetzt ein Diskriminierungsverbot

1 derstandard.at: Chatgruppe mit antisemitischen Postings. Uni Wien erstattet Anzeige. bit.ly/37JTCnH (zuletzt aufgerufen am 28.12.2019)
2 derstandard.at: Studenten protestierten an Uni Wien gegen FPÖ-Historiker Höbelt. bit.ly/2ZZOATc (zuletzt aufgerufen am 28.12.2019)

von Studierenden bedeute.

Wie viele Studierende jedoch aus eigener Erfahrung wissen,

„Jede Universität sollte ein Ort demokratischer Grundwerte sein, an dem keine Art von Rassismus, Sexismus und Diskriminierung geduldet wird.“

schaute die Realität an den Unis – und nicht nur dort – anders aus. Das war auch einer der Gründe, warum vor mehr als drei Jahren die IDB – Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen gegründet wurde.

Seit 2016 haben es sich die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Initiative zur Aufgabe gemacht, Diskriminierungserfahrungen, die sich im gesamten Bildungsbereich abspielen, zu dokumentieren. Erfasst werden alle sieben Diskriminierungsgründe der EU. Alle Betroffenen, gleich ob Schüler_innen, Lehrer_innen, Studierende oder Professor_innen sowie Zeug_innen können sich an die IDB wenden und ihre Erfahrungen anonymisiert über ein Dokumentationsformular auf der Homepage www.diskriminierungsfrei.at, über die eigene „IDB – Report it!“-App oder per Mail an dokumentation@diskriminierungsfrei.at eingeben. In drei Jahren konnten so 480 Fälle von Diskriminierung im Bildungswesen dokumentiert werden. Die jeweiligen Jahresberichte stehen gratis zum Download zur Verfügung.³

Liest man sich die Fallbeispiele durch, stellt sich die Frage, was (alles) an österreichischen Universitäten und Bildungseinrichtungen gelehrt bzw. gelernt wird, wenn eindeutig rassistische, sexistische, antimuslimische und homofeindliche Äußerungen von Lehrpersonen getätigt werden und unwidersprochen stehen bleiben, nachzulesen in den letzten drei IDB-Jahresberichten.

Es ist aus unserer Sicht kein Zufall, dass ausgerechnet an österreichischen Universitäten wiederholt Chatgruppen von Studierenden publik werden, die menschenfeindliche Inhalte vermittelten, beim AG-Jus-Skandal 2017 genauso wie beim Skandal an der Physik-Fakultät 2019, beides Uni Wien.

Diskriminierung im Bildungswesen hat viele Gesichter. Es kann sich um eindeutig rassistische, sexistische bzw. menschenfeindliche Äußerungen handeln; das N-Wort wird beispielsweise nach wie vor von Professor_innen an den Universitäten in Anwesenheit von Schwarzen⁴ Studierenden verwendet. Es kann sich um Herabwürdigung und Verächtlichmachung von Minderheiten bzw. marginalisierten Gruppen im Rahmen der Lehre handeln, wenn beispielsweise muslimische Studierende mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht werden, es kann sich um die Verharmlosung von rechtsextremem und nationalsozialistischem Gedankengut handeln.

Auf struktureller Ebene haben die Universitäten zumindest bei Frauen erkannt, dass es erforderlich ist, diese große Gruppe

3 IDB – Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen: IDB Jahresberichte. bit.ly/IDB-Jahresberichte. (zuletzt aufgerufen am 16.1.2020)



speziell zu fördern. Bei all den anderen benachteiligten Gruppen, die oft von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, ist das leider noch nicht der Fall. So gibt es nach wie vor viel zu wenig Universitätsangestellte bzw. Vortragende mit Migrationshintergrund, of Color, die einer religiösen Minderheit angehören, sich geoutet haben oder eine körperliche Beeinträchtigung haben. Das weitgehende Fehlen von Personen mit diesen Merkmalen an österreichischen Universitäten ist ebenfalls ein Hinweis auf fehlende Gleichbehandlung bzw. auf Diskriminierung auf einer strukturellen Ebene.

Jede Universität sollte ein Ort demokratischer Grundwerte sein, an dem keine Art von Rassismus, Sexismus und Diskriminierung geduldet wird. Für die entsprechende Umsetzung braucht es zunächst die Dokumentation zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung, damit alle Universitäten in Zukunft diskriminierungsfreie Orte werden und bleiben können.

Dr. Sonia Zaafrani

Gründerin und Obfrau der IDB

Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen 

4 Schwarze Menschen ist eine Selbstbezeichnung und beschreibt eine von Rassismus betroffene gesellschaftliche Position. Schwarz wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und keine reelle ‚Eigenschaft‘, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So bedeutet Schwarz-Sein in diesem Kontext nicht, einer tatsächlichen oder angenommenen ‚ethnischen Gruppe‘ zugeordnet zu werden, sondern ist mit der gemeinsamen Rassismuserfahrung verbunden, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden.



ZVR 421303680

office@diskriminierungsfrei.at

dokumentation@diskriminierungsfrei.at

www.diskriminierungsfrei.at

IDB – Report it! App

Facebook @diskriminierungsfrei.at

Instagram @diskriminierungsfrei.at

Spendenkonto IBAN: AT18 2011 1837 4803 2500

BIC: GIBAA TWXXX

WER ZAHLT, SCHAFFT AN

Wenn Glock an der Uni
die Fragen stellt

Willkommen in den Zwanzigern. Die Erde brennt. Das beginnende Jahrzehnt wird über den Fortgang der Zivilisation entscheiden. Doch die Uni schafft es nicht, adäquate Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu geben. Kein Wunder, diese werden erst gar nicht gestellt.

Im Dezember letzten Jahres hat die Technische Universität Wien (TU) per Presseausendung die Gründung des *Glock Research Lab für nachhaltige, emissionsarme Energie- und Mobilitätssysteme* bekannt gegeben. Glock finanziert drei Doktorand_innen. Im Gegenzug sitzen die *Glock Privatstiftung*, *Glock Ökoenergie* sowie *Glock Technology GmbH* Seite an Seite mit Forschenden der TU im Steering Committee des Projekts.¹

Das Problem mit der Drittmittelforschung

Dass Wissenschaftler_innen auf Zuwendungen der Firma Glock angewiesen sind, um wichtige Forschung zu Nachhaltigkeitsthemen finanzieren zu können, zeigt, wie schlecht es um die öffentliche Basisfinanzierung steht. Brauchen die Unis also mehr Firmen wie Glock, um zu drängenden Fragen zu forschen? – Die Antwort ist: Haben sie bereits. An der Universität Wien sind 21,5 Prozent des wissenschaftlichen Personals durch die Gelder Dritter (Drittmittel) finanziert,² an der TU sind es 36,2 Prozent.³ Diese Gelder kommen aus nationalen und internationalen Fördertöpfen, von Unternehmen oder von militärischen Institutionen. Das Problem dabei ist, dass Geldgeber_innen anhand ihrer Interessen eine Wertung der Forschungsthemen vornehmen. Durch die Vergabe von Mitteln entscheiden sie implizit, welche Fragen gestellt werden und welche nicht.

Nationale Fördertöpfe wie die *Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft* (FFG) vergeben Mittel für „[...] unternehmensnahe Forschung und Entwicklung [...]“ im Sinne der nationalen

- 1 TU WIEN: Neues Forschungszentrum für nachhaltige Energie- und Mobilitätssysteme, APA-OTS, bit.ly/3akLvAn
- 2 Universität Wien: Wissensbilanz und Leistungsbericht 2018, bit.ly/2R2JroU
- 3 TU Wien: Wissensbilanz 2018, bit.ly/2ud6F2v



„Wettbewerbsfähigkeit“ am Weltmarkt.⁴ Unternehmen wie Glock oder die OMV finanzieren Forschung, die für sie ökonomisch verwertbar ist und zur Vermehrung ihres Kapitals beiträgt.⁵ Doch zur Lösung der Klima- und Ressourcenkrise müssen andere Fragen gestellt werden: Wie können die begrenzten Ressourcen gerecht und zum Wohl der Menschen genutzt werden? Wie müssen zum Beispiel Konsumgüter konstruiert werden, damit sie langlebig und reparierbar sind?

Bei so genannter ‚Grundlagenforschung‘ sind der *Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* (FWF) und das *European Research Council* (ERC) zwei wichtige Player. Die Vergabe von Mitteln erfolgt nach dem Wettbewerbsprinzip anhand des

- 4 Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: Die FFG, bit.ly/363wgbF
- 5 Universität Wien: OMV und Universität Wien schließen Rahmenvertrag über wissenschaftliche Zusammenarbeit, bit.ly/379pb10

Illustration: Edda Thürnedl

diffusen Begriffs der ‚Exzellenz‘ – „Ich erkenne sie, wenn ich sie sehe“ ist ein häufig verwendetes Bonmot.⁶ Doch wer ist es, der sie erkennt? Meist entscheiden ‚anerkannte Gutachter_innen‘ aus dem Fachbereich in einem Peer-Review-Verfahren über die Vergabe von Mitteln. Problematisch ist, dass dadurch das jeweils vorherrschende Paradigma reproduziert wird. Ähnliches gilt für das Publikationssystem. Um in prestigeträchtigen Zeitschriften mit Peer-Review publiziert zu werden, muss sich ein Beitrag in den Mainstream einreihen. Zum Beispiel dominiert in den Wirtschaftswissenschaften trotz der evidenten Widersprüche noch immer das neoliberale Leitbild. Pluralität sieht anders aus.

Militarisierung der Unis erwartet

Für militärische Geldgeber wie das Pentagon oder den *European Defence Fund* (EDF) zählt die militärische Verwertbarkeit. Seit 2014 erhielten österreichische Unis insgesamt 30 Millionen Euro vom US-Militär.⁷ Im Vergleich dazu betragen im Jahr 2015 die Gesamtausgaben für universitäre Forschung 2,16 Milliarden Euro.⁸ Pro 1.000 Euro kommen also circa zwei vom Pentagon. Doch es wird erwartet, dass die Gelder im Rüstungssektor innerhalb der EU massiv zunehmen. Der EDF wird ab 2021 jährlich voraussichtlich 5,5 Milliarden Euro für Rüstungsforschung und -entwicklung bereitstellen.⁹ Die *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) verpflichtet die teilnehmenden Staaten bindend zu einer regelmäßigen Erhöhung der Verteidigungshaushalte – besonders in den Bereichen Beschaffung und Forschung.¹⁰ Das türkis-grüne Regierungsprogramm bekräftigt dieses Ziel.¹¹

Bei zukünftigen Rüstungsprojekten wie dem *Future Combat Air System* (FCAS), der *Eurodrohne* (MALE RPAS) oder dem Kampfpanzersystem MGCS spielen digitale Technologien eine entscheidende Rolle. Damit die kurzen Entwicklungszyklen realisiert werden können, ist die Rüstungsindustrie auf eine enge Kooperation mit den Unis angewiesen. Die angespannte finanzielle Situation drängt Unis dazu, unmoralische Angebote anzunehmen.

Unis für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit

Forschung im Dienst der Menschen braucht positive, ethische Maßstäbe wie Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit. Sowohl die Finanzierung von Forschung und Lehre als auch die Uni selbst müssen diesen Maßstäben gerecht werden. Das impliziert einen freien Hochschulzugang, denn eine Uni kann nicht für Demokratie stehen, wenn sie der Ort einer reichen, vornehmlich männlichen Elite ist.

Die Erde brennt und es betrifft uns alle. Niemand will eine +6°-Welt voller Hunger, Ressourcenkriege und Klimaflucht. Damit wir nicht in einem Alptraum aufwachen, müssen wir unsere Verantwortung im gesellschaftlichen Transformationsprozess aktiv wahrnehmen und unsere Privilegien nutzen. Dafür gibt es kein Kochrezept. Die Autor_innen versuchen, diesem Anspruch

- 6 Thomas König: Was wissenschaftliche „Exzellenz“ eigentlich bedeutet, STANDARD, bit.ly/2RkDwKE
- 7 Bettina Figl: Forschung, finanziert vom US-Militär, Wiener Zeitung, bit.ly/3alexzC
- 8 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Universitätsbericht 2017, bit.ly/366cgVI
- 9 Factsheet: The European Defence Fund, European Commission, bit.ly/371Jkj6
- 10 PESCO: Binding Commitments, European Union, bit.ly/2twpvlc
- 11 Die neue Volkspartei, Die Grünen – Die Grüne Alternative: Regierungsprogramm 2020–2024, bit.ly/3ahj0p

unter anderem als Teil der Organisation *Studierende gegen Rüstungsforschung* (Stugeru) gerecht zu werden.

Stugeru und die Zivilklausel

Stugeru ist eine offene, basisdemokratische Gruppe. Wir wollen eine friedliche und gerechte Welt, dafür machen wir uns groß und breit und stark. Bei uns sind alle willkommen, die unsere Visionen und Grundwerte teilen. Dazu zählen die Unanfechtbarkeit der Menschenrechte, die Ablehnung jeder Form von Diskriminierung sowie die kritische Auseinandersetzung mit unserer Gesellschaft.

Unser Ziel ist es, an möglichst vielen österreichischen Hochschulen eine so genannte Zivilklausel zu etablieren. Das ist ein Bekenntnis der Uni, für die Werte Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit nach innen sowie nach außen einzustehen und damit keine Finanzierung aus der Rüstungsbranche und von militärischen Institutionen anzunehmen.

Erste Zivilklauseltagung in Wien

Im Oktober 2019 hat *Stugeru* eine Zivilklauseltagung in Wien organisiert. Im Zentrum stand die Forderung nach Universitäten, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Eine Zivilklausel wäre ein Schritt in diese Richtung.

Es gab Vorträge, Workshops, Vernetzung und Essen. Finanziell ermöglicht wurde die Veranstaltung von der Bundesvertretung, der ÖH Uni Wien, der HTU, der ÖH BOKU sowie von acht Basisgruppen an der Uni Wien.

Inhaltlich spannte sich der Bogen von aktuellen rüstungspolitischen Entwicklungen über die Rolle von Forschungspolitik bis hin zu den Erfahrungen der *Bewegung für Zivilklauseln* in Köln und Berlin. Sechs Vorträge sind auf YouTube zu finden.¹²

Um sich auf den Info-Mailverteiler von *Stugeru* einzutragen, reicht eine leere Mail an stugeru.info-subscribe@lists.riseup.net. Weitere Informationen gibt es auf der Website stugeru.org

Manuel Längle, Lukas Rachbauer
für Stugeru 

12 YouTube-Kanal von Studierende gegen Rüstungsforschung, bit.ly/3agpC5f



GESELLSCHAFT & KULTUR

EINTRACHT ÖSTERREICH

oder
was der hiesige Mangel an Streitkultur mit Österreichs
faschistischer Vergangenheit zu tun hat



Der Verzicht auf Streit in der schwarz-blauen Regierungskoalition ist ein angeblicher Vorzug, der bisweilen selbst von deren Gegner_innen hervorgehoben wurde. Während die SPÖVP-Regierung die Nation durch Streit zum Stillstand gebracht habe, so der Vorwurf, hätte Schwarz-Blau ‚die Arbeit aufgenommen‘ anstatt sich in endlosen Diskussionen und Streitigkeiten zu verlieren. Dieser Befund wirkt angesichts des Umstandes, dass in Österreich schon lange nicht mehr um grundsätzliche gesellschaftliche Fragen gestritten wird, irritierend. Er ist mit der Vorstellung verknüpft, in der Politik würde bloß geredet, nichts ‚weitergebracht‘. Dem hiesigen Ressentiment gegen Streit und Dissens liegt die Vorstellung zugrunde, der Staatswille sei den konkreten politischen Debatten und Entscheidungsfindungen stets vorausgesetzt, stehe gewissermaßen bar jeglichen Diskurses bereits fest.¹

1 Nicht zu vergessen ist aber, dass diese im Grunde faschistische Vorstellung nur deshalb so erfolgreich sein kann, weil dem Staat des Kapitals ohnehin ein gesellschaftlicher Zweck zugrunde liegt, an dem nicht zu rütteln ist: die Verwertung des Werts. Mit der Ideologie, die Gesellschaft werde bereits von freien Menschen vernünftig eingerichtet, täuscht sich der Liberalismus eben darüber hinweg und zementiert damit nicht nur die herrschen-

Dissens wirkt vor diesem Hintergrund bloß als Faktor, der den Betrieb stört und daher vermieden werden sollte. Es handelt sich dabei wesentlich um eine Aversion gegen die Vermittlungsprozesse der bürgerlichen Demokratie. Die Vorstellung, politische Ziele stünden schon vor der politischen Vermittlung von partikularen Interessen fest, entstammt dem weltanschaulichen Fundus des Faschismus. Es handelt sich hierbei um postfaschistische bzw. nazistische Kontinuität.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“

Die Beantwortung der Frage, warum öffentlicher Streit und Dissens in den meisten anderen bürgerlichen Demo-

de gesellschaftliche Unvernunft, sondern räumt dadurch auch gewissermaßen die Bahn frei für den Faschismus und andere Autoritarismen. „Wie im Tausch jeder das Seine bekommt und doch das soziale Unrecht sich dabei ergibt,“ schreiben Horkheimer und Adorno, „so ist auch die Reflexionsform der Tauschwirtschaft, die herrschende Vernunft, gerecht, allgemein und doch partikularistisch, das Instrument des Privilegs in der Gleichheit. Ihr präsentiert der Faschist die Rechnung. Er vertritt offen das Partikulare und enthüllt damit die Ratio, die zu Unrecht auf ihre Allgemeinheit pocht, als selber begrenzt.“ (Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 2009, 219.)

kratien westlichen Zuschnitts im Grunde völlig normal, in Österreich aber verpönt sind, bedarf daher des Rückblicks in die faschistische bzw. nazistische Vergangenheit dieses Landes. Die beginnt noch vor dem Nationalsozialismus: denn heute wird häufig vergessen, dass es sich keineswegs nur bei der FPÖ, sondern auch bei der ÖVP um die Nachfolgerin einer faschistischen Organisation – der *Vaterländischen Front* im Austrofaschismus – handelt. Das Gedenken an die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe im Februar 1934 ist dabei symptomatisch: es gilt nicht etwa der antifaschistischen Erinnerung an eine wichtige Etappe für die Durchsetzung des Klerikalfaschismus der österreichischen Christlichsozialen. Stattdessen wird die nationale Einheit Österreichs beschworen, und die nationale Versöhnung der Parteien wird als Garant dafür vorgestellt, dass die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen nicht mehr die konfliktträchtige Form von damals annehmen sollten.²

Hinsichtlich der organisierten Harmonisierung der gesellschaftlichen Widersprüche (und das ist es, was die Beschwörung der nationalen Einheit des – auch im österreichischen Faschismus als ‚deutsch‘ gedachten – Volkes praktisch bedeutet) leisteten wiederum die Austrofaschisten Vorarbeit, auf welcher der Nationalsozialismus aufbauen konnte: Die Ideologie des ‚Ständestaats‘ sah vor, die österreichische Wirtschaft in insgesamt sieben ‚Berufsständen‘ zu organisieren, die „ein innerlich geschlossenes Ganzes“ bilden sollten.³ Ihren äußersten und zugleich adäquatesten Ausdruck fand dieses „innerlich geschlossene Ganze“ jedoch erst in der kollektiven Identifikation mit der deutschen Volksgemeinschaft, welche die gesellschaftlichen Widersprüche anhand völkischer Differenz transformierte und die Vorstellung sozialen Friedens in völkischer Eintracht mittels Raub- und Vernichtungskrieg in die Tat umzusetzen trachtete. Die Volksgemeinschaft war immer auch eine Raubgemeinschaft.

Sekundäre Volksgemeinschaft

Adorno vermerkte das Ausbleiben jener

2 Vgl. Grigat, Stephan / Markl, Florian: Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider, in: Grigat, Stephan (Hg.): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012, 229–264, 232.
3 Zit. nach ebd., 234.

Panik, die nach Freud dort entstehen müsse, wo kollektive Identifikationen zusammenbrechen, nach 1945: dies verweise darauf, „daß insgeheim, unbewußt schwelend und darum besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzißmus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen.“⁴ Gerade durch das Wissen und mehr noch das Schweigen um den Raubmord, an dem man teilgenommen oder dem man einfach zugesehen hatte, lebte die Volksgemeinschaft in neuer Weise fort. Allerdings ohne den Staat, der die erste konstituiert hatte, weshalb es sich nunmehr um eine sekundäre Volksgemeinschaft handelte, die durch eine Atomisierung oder Subjektivierung der Volksgemeinschaft zu charakterisieren wäre.⁵ Die Art und Weise, wie jene kollektiven Identifikationen in der Lage waren fortzubestehen, gestaltete sich allerdings je nach Nachfolgesellschaft unterschiedlich. Während in der DDR der Faschismus mittels der Dimitroff-These einfach wegdefiniert und die Schuld externalisiert wurde, sah man sich in der Bundesrepublik von den Alliierten dazu genötigt, die Schuld anzunehmen, um so zumindest das deutsche „Wir-Gefühl“ zu retten. In Österreich dagegen transformierte sich die Volksgemeinschaft in das, was sie in der Vorstellung der mit ihr Identifizierten gewissermaßen vorher schon war: eine Opfergemeinschaft, bedroht von äußeren Mächten. Aus den Mördern und Räubern von damals wurden Opfer, aus Deutschen wurden Österreicher_innen.

Postfaschistischer Korporatismus

Die Rettung jenes nationalen „Wir-Gefühls“ vollzog sich in Österreich allerdings „nicht nur durch die Transformation vom Täter- zum Opferkollektiv, sondern wurde zusätzlich durch ein konsequent anti-liberalistisches Wirtschafts- und Politikmodell nach 1945 zementiert“⁶. Der politische Ausdruck hierfür war mit der Dominanz der beiden ‚Volksparteien‘ SPÖ und ÖVP eine besonders ausgeprägte Form dessen, was man mit Johannes Agnoli als „plurale Fassung einer Einheitspartei“⁷ – gewissermaßen sekundä-

4 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Kadelbach, Gerd (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt 1971, 10–29, 19.
5 Vgl. Scheit, Gerhard: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand, Freiburg 2001, 93–108.

re Volksgemeinschaft mit linkem und rechtem Flügel – bezeichnen könnte. Der großen Koalition entsprach ökonomisch ausgeprägter Korporatismus, in dem Partikularinteressen dem großen Ganzen der österreichischen Nation untergeordnet wurden. Solcher falschen Versöhnung gesellschaftlicher Widersprüche ist es zu verdanken, dass sich die hiesigen Personifikationen des Kapitals mit Streik und Arbeitskampf kaum herumschlagen mussten.

Neben diesen ideologischen und strukturell-organisationalen (korporatistischen) Grundlagen rührte auch die ökonomische Basis der Sozialpartnerschaft vom Nationalsozialismus her: Ohne die in dieser Zeit geschaffenen Industriekomplexe (wie beispielsweise die VOEST) und Infrastruktur (wie etwa die zahlreichen Kraftwerke) wäre die Alimentierung des österreichischen Staatsvolks durch die Nachkriegssozialpartnerschaft nicht möglich gewesen – eine Aufwertung des nunmehr österreichischen Standorts, die den massiven Einsatz von Zwangsarbeit zur Grundlage hatte.⁸ Die Kriegsverlierer_innen waren Vernichtungsgewinner_innen; die Verdrängung, oder besser: Verleugnung von Schuld und die österreichische Identität sind also auch im polit-ökonomischen Zusammenhang eng miteinander verbunden.

Sozialpartnerschaft in der Krise

Dass die Sozialpartnerschaft in den letzten drei Jahrzehnten ausgerechnet vonseiten der FPÖ unter Beschuss geraten ist, überrascht nur auf den ersten Blick. Denn der Austrokeynesianismus – und mit ihm die Sozialpartnerschaft – ist in die Krise geraten und seit Beginn der 1990er-Jahre stellte sich die erfolgreiche Alimentierung des österreichischen Staatsvolks durch den postfaschistischen Staat zunehmend ein. Galt dieser zuvor als Stifter der Gemeinschaft von ehrlicher Arbeit und dem aufs Gemeinwohl verpflichteten Kapital, „so gilt er den meisten Warenmonaden heute als Räuber an der ehrlichen Arbeit und zugleich zunehmend als asozialer Vertreter des vagabundierenden

6 Grigat/Markl: Österreichische Normalität, 241.
7 Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, 47.
8 Vgl. Freund, Florian / Perz, Bertrand: Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Tälös, Emmerich (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988.

Finanzkapitals“⁹. Jene, die an der Mehrwertproduktion weiterhin profitieren bzw. partizipieren, hegen Misstrauen gegen den Staat, weil dieser überhaupt noch Transferleistungen tätigt, während die Zurückgebliebenen Verrat wittern, weil der Staat jene Leistungen beständig zusammenkürzt. Aus diesem Widerspruch konstituiert sich eine Gemeinschaft von sich auf die eine oder andere Art permanent betrogen Wählenden. Die Freiheitlichen vereinen diesen Widerspruch wie keine andere Partei: lauter betrogene ‚kleine Männer‘, die gegen ‚leistungsfeindliche‘ Sozialleistungen mobil machen.

Linke Österreicher_innen

Zum Unwesen der herrschenden Verhältnisse in Österreich gehört außerdem, dass auch die postfaschistische Linke sich bereitwillig aufs große Ganze verpflichtet. Dazu, dass nach schwarz-blauen Angriffen auf die Sozialpartnerschaft freilich die Lohnabhängigen als die Geprellten zurück bleiben, fällt solchen Leuten bis auf den Vorwurf der Spaltung und stolzen Verkündung, das ‚andere‘ (‚bessere‘) Österreich zu sein, wenig ein. Es wäre der Frage nachzugehen, ob die Blauen und die Packelei mit ihnen nicht gerade deshalb den gemeinschaftsversessenen Spaltungs-Vorwurf auf sich ziehen, weil in der FPÖ und deren Umfeld Elemente der NS-Ideologie am deutlichsten fortweisen, die zahlreichen ‚Einzelfälle‘ die ‚anderen‘ Österreicher_innen folglich an die historisch-gesellschaftlichen Grundlagen der eigenen Identität erinnern und damit die postnazistische Eintracht zugleich stören wie perpetuieren. Weit davon entfernt, den organisierten Streit für ein gutes Leben zu führen, tritt der postfaschistische Charakter der linken Heimatliebe bisweilen ungewollt offen zutage: Etwa, wenn ein Werner Kogler zufrieden resümiert, der Diskurs verschiebe sich in die linke „Reichshälfte“, freilich nicht ohne den Freiheitlichen eine Lektion in Sachen Patriotismus zu erteilen: „Wer seine Heimat liebt, spaltet sie nicht.“¹⁰

9 Grigat/Markl: Österreichische Normalität, 252.
10 Zitiert nach „Neues Kapitel“ und „gegen Spaltung“, ORF, bit.ly/2u8HNcv (letzter Zugriff: 18.1.2020) und „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“, Wiener Zeitung, bit.ly/3axkIRs (letzter Zugriff: 18.1.2020)

PSYCHOANALYSE UND NATIONAL-SOZIALISMUS IN ÖSTERREICH

Der Fall Igor A. Caruso

Die Psychoanalyse war nicht nur eine der ersten Disziplinen, die sich mit dem Antisemitismus beschäftigten,¹ sondern ist bis heute vielleicht eine der wichtigsten, um die subjektive Seite dieses Phänomens zu erfassen, was gleichzeitig auch bedeutet, den Nationalsozialismus und sein Fortwesen in der Demokratie zu verstehen. Dennoch war die Beziehung der Psychoanalyse zum Nationalsozialismus, zumal in Österreich, nicht immer widerspruchsfrei.

Den Hass gegen die Psychoanalyse hielt Adorno für „unmittelbar eins mit dem Antisemitismus, keineswegs bloß, weil Freud Jude war, sondern weil Psychoanalyse genau in jener kritischen Selbstbesinnung besteht, welche die Antisemiten in Weißglut versetzt“². Entsprechend ist die Psychoanalyse durch „die Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit des Denkens, das Erkennen der Wahrheit, [...] eine unmittelbare Bedrohung“ auch der Schuldabwehr nach 1945.³

Dass die Psychoanalyse aber darum nicht gefeit davor war, selbst in das NS-System integriert zu werden, ist mittlerweile wissenschaftlich gut aufgearbeitet: Psycholog_innen, Psychotherapeut_innen und Psychoanalytiker_innen waren auf das engste in das NS-System eingebunden, das *Deutsche Institut für Psychotherapie und psychologische Forschung* wurde ab 1939 als kriegswichtig eingestuft. Ihre Aufgaben umfassten etwa die psychologische Kriegsführung oder die (Wieder-)Herstellung und Überprüfung der Arbeits- und Kampffähigkeit.⁴

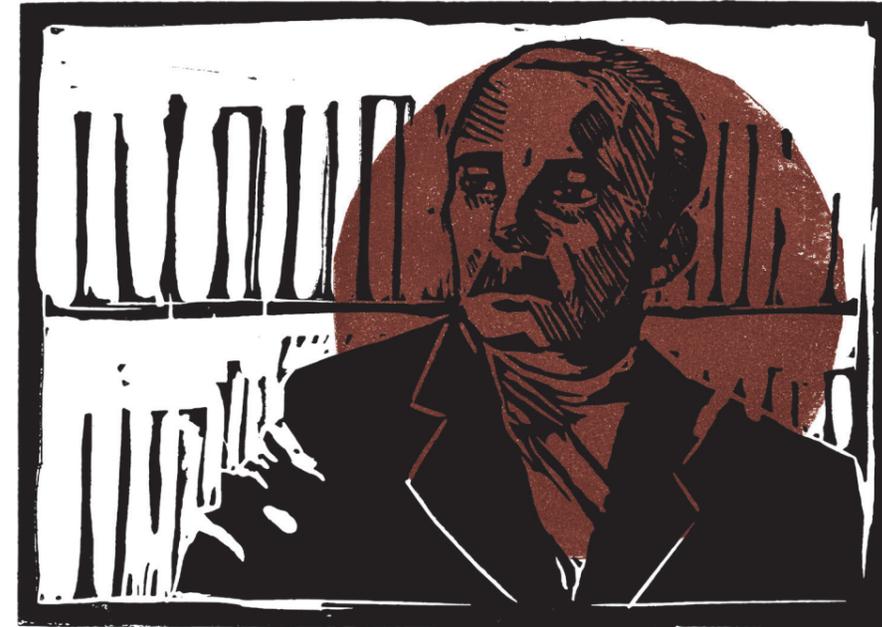
Gerade in Österreich herrschte lange fast völliges Schweigen über Fragen von Schuld, Scham und Erinnerung in Bezug auf die NS-Verbrechen. Die österreichischen Psychoanalytiker_innen waren hiervon keine Ausnahme und somit ist es kaum verwunderlich, dass in der Nachkriegszeit, spät aber doch, immer wieder von Fällen berichtet wurde, in denen Psychoanalytiker_innen auf die eine oder andere Art in das NS-System verwickelt waren.⁵ Einer dieser Fälle ist Igor Alexander Caruso, Professor für

Klinische Psychologie und Sozialpsychologie sowie Gründer des Wiener Arbeitskreises für Psychoanalyse (WAP).

Caruso war russischer Exilant⁶ und ab 1942 in der Euthanasieanstalt *Am Spiegelgrund* unter Heinrich Gross⁷ beschäftigt. Seine Aufgabe bestand darin, mit psychologischen Testverfahren die Entwicklungsmöglichkeiten und die „Aufwandswürdigkeit“ von behinderten Kindern zu testen. Im äußersten Fall kamen diese Gutachten einem Todesurteil gleich. Im *Spiegelgrund* wurden zwischen 1938 und 1945 insgesamt 789 Kinder ermordet. Den meisten wurde eine nicht tödliche Dosis Phenobarbital verabreicht, welche in Verbindung mit chronischer Unterernährung zu Lungenentzündungen mit tödlichem Ausgang führte. Für die Angehörigen wirkte es dadurch so, als ob die Kinder eines natürlichen Todes gestorben wären. Caruso selbst fertigte in dem Dreivierteljahr, in dem er am *Spiegelgrund* beschäftigt war, hunderte Gutachten an, in 14 Fällen kamen die begutachteten Kinder ums Leben.⁸

Diese Beteiligung konnte in Österreich, wo die längste Zeit ein Konsens des Nicht-darüber-Redens herrschte, jahrelang völlig unbemerkt bleiben. Caruso machte Karriere, wurde Professor für Psychologie in Salzburg und gründete die *Arbeitskreise für Psychoanalyse*, die als Gegengewicht zur orthodoxen Psychoanalyse gelten sollten, aber gerade in den Anfangsjahren auch ein Auffangbecken für konservative Katholiken und Altnazis waren.⁹ Seinen Studenten galt Caruso, der sich in seiner Zeit in Salzburg vermehrt den sozialen Aspekten der Psychoanalyse und dem Marxismus zuwendete, als Alternative zum verschulden Positivismus des Salzburger Universitätsbetriebes. Seine Lehre, insbesondere aber seine Person erschien vielen – auch dezidiert linken – Studierenden als Perspektive.¹⁰

Am 20.1.1979 protestierte die Institutsgruppe Psychologie Salzburg gegen einen Vortrag des NS-Psychiaters Heinrich Gross, der an den Euthanasieprojekten im *Spiegelgrund* maßgeblich beteiligt gewesen war.¹¹ Carusos Beitrag blieb unreflek-



tiert. Erst in den späten Neunziger Jahren wurde öffentlich der Verdacht geäußert, Caruso könnte selbst verwickelt gewesen sein.¹² Es sollte noch weitere 20 Jahre dauern, bis Carusos wahre Involviertheit öffentlich thematisiert wurde; zunächst durch einen kritischen Artikel Eveline Lists¹³ und kurz darauf in einem Artikel von Benetka und Rudolph¹⁴. Eine ernste Aufarbeitung jener Vergangenheit, in der ihr Bann gebrochen wird „durch helles Bewusstsein“¹⁵, hätte jetzt beginnen können. Doch selbstredend sahen die Reaktionen bei vielen etwas anders aus. In der nun angestoßenen Debatte, die in unterschiedlichen psychoanalytischen Zeitschriften, aber auch in Tageszeitungen geführt wurde, wurde zum Teil noch im Dienste wissenschaftlicher Rationalisierung Schuld abgewehrt. Zum Beispiel mit der Anmerkung, dass eine „für alle und für alle Zeiten gültige, ja ‚wahre‘ Geschichte“¹⁶, ohnehin nicht zu schreiben sei. Eveline List, die Autorin, die es gewagt hatte, die Seligkeit der Vergessenden zu stören, wurde in einer Flut von empörten Leserbriefen persön-

Schuld für uns und unser Selbstbild wohl bedeuten mag. Mich beschleicht jedenfalls ein Entsetzen, eine deprimierende Leere und Hoffnungslosigkeit, ein Gefühl von Schuld und Scham bei der Vorstellung, unser Vereinsgründer hätte an der Tötung dieser Kinder auch nur in irgendeiner Weise mitgewirkt“, so Walter Parth, Mitglied und späterer Vorsitzender des WAP: „Vergangenheit, die fortwirkt.“ In: *texte 2* (1998).

12 Vgl. ebd.

13 List: Kischnew.

14 Benetka und Rudolph: Selbstverständlich.

15 Adorno: Aufarbeitung, 556.

16 Falzeder, Ernst: Anmerkungen zur Debatte über die Tätigkeit von Igor A. Caruso am „Spiegelgrund“, in: *WERKBLATT 62* (2009).

17 Vgl. Fallend, Karl: „Carusos Erben“. Reflexionen in einer erhitzten Auseinandersetzung. *WERKBLATT 64* (2010), 104; Vgl. Reiter, Bettina: Es waren doch nur Gutachten. *Die Presse* (05.09.2008). (Zugriff: 22.12.2019)

18 Reiter: Gutachten.

19 Schacht, Christian: Über vermiedene und über behauptete Eindeutigkeiten. Anmerkungen zum Artikel von Eveline List und zur aktuellen Caruso-Debatte. *Zeitschrift für psychoanalytische Theorie und Praxis XXIII* (2008), 1.

20 Ebd.

21 Fallend: Carusos Erben, 106.

22 Schacht: Eindeutigkeiten, 2.

23 Theodor W.: Schuld und Abwehr. In: *Soziologische Schriften II.2*, FfM, Fischer, 2003 121–324.

lich angegriffen, ihr Material nahezu unkommentiert gelassen.¹⁷ Die Publikation des Artikels, so etwa ein ungenannter Psychoanalytiker, sei „ein schwerer Fehler gewesen, wenn nicht gar ein extremer Schaden für die ‚Psychoanalyse‘ entstanden war“¹⁸. Schacht berichtet von einem Kollegen aus dem WAP, der reflexartig einen Angriff von außen konstruiert, der die Ausstrahlung eines Radiointerviews Carusos nun verhindern will und bereits an die Auflösung des Arbeitskreises denkt, „selbst wenn es – und das ist sicher – gelingen wird, alle Anschuldigungen zurückzuweisen“¹⁹. Eine andere Kollegin Schachts, so erinnert er sich, bezeichnete Walter Parth, der 1998 als einer der

ersten öffentlich einen Verdacht über Caruso geäußert hatte, als „pubertär“²⁰. „Summa summarum überwog die Empörung über die BotInnen der schlechten Nachrichten, und weniger eine differenzierte Auseinandersetzung über den Umgang mit selbigen.“²¹ Diese Reaktionen der Abwehr fasst Schacht als einen „Caruso-Beschütz-Reflex“²². Solche Reflexe sind aber natürlich nicht auf die Person Carusos beschränkt, sondern vielmehr gängige Strategien der Schuldabwehr.²³ List schreibt: „[D]amit Verschleierung und Entstellungen von Lebensläufen so nachhaltig gelingt, bedarf es intimer Kooperation zwischen jenen, die verschweigen und entstellen, und anderen, die nicht nachfragen oder einfach ‚glauben‘, aber jedenfalls nicht wissen.“²⁴ Die Tilgung der Erinnerung ist ein bewusster und gemeinschaftlich ausgeführter Prozess.²⁵ Als solche wurde sie in Österreich durch den Opfermythos und die einhergehende nicht erfolgte Re-Education und die beinahe vollkommen ausgebliebene Strafverfolgung erheblich begünstigt.²⁶

Der Fall Caruso steht dabei symptomatisch für die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit in Österreich, gleichzeitig macht er aber auch deutlich, dass selbst Psychoanalytiker_innen und sich als links verstehende Studierende nicht vor den Fallstricken der Schuldabwehr gefeit sind.

Colin Kaggl

1 Vgl. Horkheimer, Max: Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes, in: Simmel, Ernst (Hg.): *Antisemitismus*. Frankfurt am Main. Fischer 1993.

2 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: *Gesammelte Schriften 10: Kulturkritik und Gesellschaft II*, Frankfurt am Main. Suhrkamp 2003b, 570f.

3 Brainin, Elisabeth / Ligeti, Vera und Teicher, Samy: Antisemitismus in Psychoanalysen. Zur Identität österreichischer Psychoanalytiker heute, in: *Psyche 43* (1989), 13.

4 Siehe dazu z. B. Cocks, Geoffrey: *Psychotherapy in the Third Reich*. The Göring institute. New Brunswick, NJ. Transaction Publ, 1997; Geuter, Ulfried: *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main. Suhrkamp, 1988; Lockot, Regine: *Die Reinigung der Psychoanalyse. Die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft im Spiegel von Dokumenten und Zeitzeugen (1933–1951)*. Tübingen. EdDiskord, 1994.

5 Siehe dazu z. B. Brainin et al.: *Antisemitismus in Psychoanalysen*; Wachtler, Benjamin, Ullrich, Peter und Schröder, Christina: „Es waren ja fast alle weggegangen“. Psychoanalyse und Nationalsozialismus in Berufsbiografien deutscher Nachkriegspsychoanalytikerinnen und Psychoanalytiker, in: *Forum der Psychoanalyse 29* (2013); Wodak, Ruth: Das kann einem nur in Wien passieren. *Alltagsgeschichten*. Wien. Czernin, 2001.

6 Eine detaillierte Biografie ist hier leider nicht möglich, aber z. B. in Benetka, Gerhard und Rudolph, Clarissa: „Selbstverständlich ist vieles damals geschehen ...“. Igor A. Caruso am Spiegelgrund, in: *WERKBLATT 60* (2008) nachlesbar.

7 Einen Bericht über die Zustände am Spiegelgrund und zur Rolle Heinrich Gross' geben z. B. Lehmann, Oliver und Schmidt, Traudl: *In den Fängen des Dr. Gross. Das misshandelte Leben des Friedrich Zawrel*. Wien. Czernin, 2001; sowie Nowak, Oliver: *Kindereuthanasie im Nationalsozialismus. Strukturen, Organisation und Methoden der Kinderfachabteilung Am Spiegelgrund*. Wien, 2019.

8 Vgl. Benetka und Rudolph: *Selbstverständlich*; List, Eveline: „Warum nicht in Kischnew?“ – Zu einem autobiographischen Tondokument Igor Carusos, in: *Zeitschrift für psychoanalytische Theorie und Praxis XXIII* (2008).

9 Vgl. List: Kischnew; Shaked, Josef: *Zu Carusos Tätigkeit am Spiegelgrund*. *WERKBLATT 64* (2010).

10 Vgl. Institutsgruppe Psychologie Salzburg: *Annalen: Geschichte der Psychoanalyse von unten*. In: *Jenseits der Couch. Psychoanalyse und Sozialkritik*, in: *Institutsgruppe Psychologie Salzburg* (Hg.): *Frankfurt am Main. Fischer-Taschenbuch-Verl.*, 1985.

11 „Wir sollten darüber nachdenken, was die Aufrechterhaltung dieser seltsamen Ungewissheit über eine so lange Zeit bezüglich einer furchtbaren

RECHTS? DAS IST DIE ALTE MITTE!



„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“¹ Diese Feststellung von Theodor W. Adorno in seiner Analyse Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit ist ebenso aktuell wie treffend.

Nach den Katastrophen der Shoah und des Zweiten Weltkriegs, verursacht durch die autoritäre Formierung der Volksgemeinschaft in Deutschland und Österreich, wurde der antisemitische und rassistische Hass vorerst tabuisiert. Deutschland als Land der Täterinnen und Täter musste sich nach dem Krieg zumindest anfangs seiner Verantwortung stellen.² Die Maßnahmen zur Entnazifizierung verfolgten das Ziel,

1 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Ders., Erziehung zur Mündigkeit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2017

den Verantwortungsträger_innen für die Verbrechen ihren gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen, was in der Realität jedoch nicht mit entschlossener Rigidität umgesetzt wurde. Die Bemühungen um eine Reeducation sollten eine gesamtgesellschaftliche Erziehung erreichen, die das Land auf die Etablierung einer Demokratie vorbereiten sollte.

Trotz dieser geleisteten Arbeit zeigte sich schon früh, dass Kontinuitäten des Rechtsextremismus fortbestanden. In personeller Hinsicht konnten belastete Menschen in kürzester Zeit wieder in wichtige gesellschaftliche Stellungen und Verwaltungspositionen gelangen. Eines der prominentesten Beispiele ist in Österreich vermutlich die Affäre um den Bundespräsidenten Kurt Waldheim. Waldheim war während des Zweiten Weltkriegs der Heeresgruppe E zugeteilt, die in Griechenland für Deportationen der jüdischen Bevölkerung verantwortlich war. Er bestritt aber vehement, Kenntnisse von diesen Verbrechen zu haben oder gar an diesen teilgenommen zu haben.³

„Die Tatsache, dass man eben nicht überfallen worden war, sondern winkend am Gartenzaun die deutschen Truppen begrüßt hatte, war und ist für viele Österreicher_innen nur eine schwer verkraftbare Tatsache.“

Ebenso ist auf der strukturellen Ebene ein Fortbestand feststellbar. Die Angst vor dem Abstieg, die Sorge, durch das Netz der Gesellschaft zu fallen, wurde im Nationalsozialismus durch die totale Integration in die Volksgemeinschaft vermeintlich abgeschafft.⁴ Dieses Gefühl der Sicherheit konnte, neben der Identifizierung mit der Volksgemeinschaft durch NS-Propaganda, vor allem durch den damaligen wirtschaftlichen Aufschwung hergestellt werden. Dieser wurde ausgelöst durch den umfangreichen Bedarf an kriegsnotwendigen Gütern. Der Soziologe Oliver Decker stellte diesbezüglich fest, dass das spätere Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre sich umso leichter als Ersatz-Bezugsgröße eignete und der deutschen Bevölkerung schnell wieder Selbstbewusstsein verlieh. Eine prosperierende Wirtschaft konnte sich deswegen als das alternativlos

2 Vgl. Grigat, Stephan: Postnazistische Demokratie in Deutschland und Österreich. Aufgenommener Vortrag, bit.ly/2tp8WHK (zuletzt abgerufen am 03.01.2020)

3 Vgl. Waldheim-Debatte, Demokratiezentrum Wien, bit.ly/2Fj1jFe (zuletzt abgerufen am 03.01.2020)

4 Vgl. Adorno, Aufarbeitung der Vergangenheit.

5 Decker, Oliver: Flucht ins Autoritäre. In: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Psychosozial-Verlag, Gießen 2018, 15–61

zu verfolgende Ziel der Republik herauskristalisieren.⁵ Im Gegensatz zu Deutschland kam es in Österreich erst sehr spät zu einer Anerkennung der Schuld, weshalb man sich mit den postnazistischen Kontinuitäten erst gar nicht auseinandersetzen musste. Es wurde zu einem nationalen Mythos, niemals Täter, sondern immer das „erste Opfer“ gewesen zu sein. Die historische Realität, dass man eben nicht überfallen worden war, sondern winkend am Gartenzaun die deutschen Truppen begrüßt hatte, war und ist für viele Österreicher_innen eine nur schwer verkraftbare Tatsache.

In diesem Kontext lässt sich schwer von einer „Stunde Null“ sprechen, in welcher sich plötzlich eine neue demokratische Gesellschaft konstituierte. Resentiments und abwertende Einstellungen gegen Minderheiten sind folglich nicht einfach verschwunden. Es wurden neue Wege gesucht, um menschenfeindliche Botschaften zu verbreiten.

Besonders eindrücklich zeigt sich das in antisemitischen Ausdrucksweisen. Der Hass auf alles Jüdische bzw. dem Judentum zugeschriebene artikuliert sich heute meist nicht durch plumpe Aussagen, sondern spricht in Chiffren und Metaphern. Dieser codierte Antisemitismus meint, was er nicht laut ausspricht.

Decker zeigt in seiner Studienreihe *Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, wie sich rechtsextreme Einstellungen in den größten Teilen der Gesellschaft vorfinden lassen. Rassismus, Antisemitismus oder auch Sozialdarwinismus sind vor allem auch abseits der dezidiert rechten Parteien vorhanden, sie haben und hatten ein Zuhause in der Wähler_innenschaft der ‚Volksparteien‘. Die Sehnsucht von autoritären Persönlichkeiten nach Führung, das Bedürfnis, sich vor den Eindrücken der Außenwelt zu schützen, wird eben nicht nur von rechts-autoritären Bestrebungen eingelöst.

Rechtere Parteien als die *Christlich Soziale Union* (CSU) sind in Deutschland vorerst immer eine Randerscheinung gewesen. Ein Grund hierfür war auch die Maxime Franz Josef Strauß', der proklamierte, „rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!“

Dadurch wurden alle Türen geöffnet, sich reichhaltig an Positionen neu aufkommender rechter Parteien zu bedienen und gleichzeitig eine Kooperation mit diesen auszuschließen. Kurzzeitige Erscheinungen wie *Die Republikaner* oder die *Deutsche Volksunion* konnten sich somit nicht langfristig im Parteienspektrum etablieren und befinden sich heute in der Bedeutungslosigkeit. Einzig die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) hat es über einen längeren Zeitraum geschafft, sich hin und wieder in Landesparlamenten Gehör zu verschaffen. Allerdings bewegt sich die NPD seit jeher außerhalb eines gesellschaftlichen Grundkonsenses

6 Vgl. Decker, Oliver: „Flucht ins Autoritäre“. *Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* 2018. In: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Psychosozial-Verlag, Gießen 2018, 15–61.

und konnte die rechtsextreme Einstellung der Bevölkerung nicht bündeln. Menschen, die sich öffentlich zur NPD bekannten, mussten mit stark ablehnenden Reaktionen ihres sozialen oder beruflichen Umfelds rechnen.⁶

Der Chauvinismus in den ‚Mitte‘-Parteien

Menschenverachtende Ansichten artikulieren sich in den Mitte-Parteien indirekt und vermeintlich unscheinbarer. Thilo Sarrazin, als rechte Speerspitze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), gefällt sich in der Rolle, armen Menschen Ratschläge zu geben, wie man sich mit wenig Geld ‚ausreichend‘ versorgt. Die massiven Kürzungen beim Arbeitslosengeld im Rahmen der Agenda 2010 zeigen, welche Interessen die SPD vertritt.

Nach der Wiedervereinigung und dem damit aufblühenden Nationalismus kam es in Deutschland zu einer Welle rechtsextremer Straftaten. Die Stimmung wurde maßgeblich auch von Boulevardmedien angeheizt, die eine antiziganistische Grundstimmung ausbauten und den Weg für gewalttätige Exzesse gegen ebendiese ebneten. Vor allem in den östlichen Bundesländern spitzte sich die Situation ab 1991 immer weiter zu. Im darauffolgenden Jahr erfuhr der Stadtteil Lichtenhagen in Rostock traurige Berühmtheit. Es kam zu pogromartigen Ausschreitungen gegen die Asylwerber_innen und einem tagelangen Belagerungszustand. Hier zeigte sich, wie eine CDU-geführte Regierung auf rechtsextreme Taten reagierte: Die Angriffe wurden nicht zum Anlass genommen, sich für eine Ausweitung der Sicherheit für Geflüchtete auszusprechen, sondern um im folgenden Jahr eine massive Asylrechtsverschärfung zu verabschieden. Eine ausländerfeindliche Grundstimmung in der Bevölkerung kam somit nicht ungelegen, um sich in der Regierung als Vollstrecker des ‚Volkswillens‘ zu profilieren.

Es wäre also absolut realitätsfern zu glauben, dass rechtsextreme Tendenzen erst wieder bestehen, seitdem die *Alternative für Deutschland* in den Parlamenten sitzt. Sie haben davor ebenso existiert. Die neue zusätzliche Gefahr, die von ihnen ausgeht, besteht darin, dass diese Ideologien in der Praxis hemmungsloser und noch häufiger umgesetzt werden.

Die historische Kontinuität menschenverachtender Ansichten und Handlungsweisen besteht also auch in Teilen des politischen Betriebs fort. Erst durch die Veränderung der zugrundeliegenden Verhältnisse, die solch ein Denken hervorbringen, kann ein gutes Leben für alle erreicht werden.

WÖRTERN FOLGEN STEINE

Wenn sich Narren selbst ein Denkmal bauen



Jeden Tag werden tausende Fotos von Tourist_innen auf der Ringstraße geschossen. Die Votivkirche darf genauso wenig fehlen wie das Burgtheater und wer eifrig fotografiert, fängt so manch Unscheinbares ein. So wird sich auf vielen Fotografien ‚Susanna‘ wiederfinden, eine überlebensgroße Skulptur, die 2018 gegenüber der Hauptuniversität aufgestellt wurde und seither die steinerne Manifestation rechter Geschichtspolitik darstellt. Weil sie vermutlich noch länger dort sitzen wird, wollen wir darüber sprechen, was es heißt, wenn Nachkriegsmythen ganz banal ein Konvolut freiheitlicher Einzelfälle veranschaulichen und wie man vielleicht sogar ein bisschen Freude daran haben kann, dass sich die Narren selbst ein Denkmal gebaut haben.

Öffentlich unsichtbar

Der öffentliche Raum ist ein Spiegel der Gesellschaft, die ihn produziert. Politische Agenden treffen auf konsumorientierte Grundbedürfnisse, Demos blockieren den Verkehr, Weihnachtsdekorationen zersetzen historische Gebäude und mittendrin scheint nichts unsichtbarer als die Denkmäler. Vielerorts sind diese Erinnerungsstätten nicht mehr als ein Orientierungspunkt im Stadtbild, ein Rastplatz für Passant_innen oder ein Instagram-Motiv. Erst Kontroversen und Kritik verleihen ihnen kurze Momente der Sichtbarkeit, bevor sie wieder in der Stadtopografie verschwinden. Soll Gedenken nicht eigentlich ein diskursiver Prozess sein? Möchte man im öffentlichen Raum solche

Diskurse führen, kann man nur laut sein, muss in Bewegung bleiben und die Straßen genauso wie soziale Netzwerke bespielen. Wir erinnern uns an das obskure Gedenken an die „Türkenbelagerung“ im letzten Jahr. Denn gerade die Identitären waren – bevor ihre Öffentlichkeitswahrnehmung einen Dämpfer erhielt – kreativer und medienwirksamer als man ihnen zugestehen möchte, indem sie die Strategien der Aufmerksamkeitsregung der 1968er im öffentlichen Raum kontinuierlich adaptierten.

Nicht erwähnt oder bewusst ausgelassen?

Von einer solchen Präsenz auf sozialen Netzwerken kann die seit 2018 in Stein gehauene Geschichtsrevision der freiheitlichen Kulturpolitik nur träumen. Vis-à-vis des Hauptgebäudes der Universität

Wien, auf vier Quadratmetern Privatgrund und hinter parkenden Autos versteckt, sitzt auf ‚Trümmern‘ das in Bronze gegossene Aufleben alter formalistischer Frauenbilder. Initiiert von dem von der FPÖ gegründeten Cajetan-Felder-Institut und aufgestellt auf der Mülker Bastei auf einem von Siegmund Kahlbacher gestifteten Grünstreifen, wurde die Skulptur vor zwei Jahren feierlich in Anwesenheit von FPÖ-Politiker_innen und Vertretern des rechten Flügels der katholischen Kirche durch den damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache enthüllt. Ursprünglich hatte der Künstler Magnus Angermeier die Statue als „Susanna im Bade“ für ein nicht realisiertes Brunnenprojekt vor dem Altenheim in Leonding bei Linz konzipiert. Ihr neuer Zweck soll nun die Erinnerung an „Leistungen und Leiden“ der österreichischen Trümmerfrauen* sein und damit das Gedenken an einen historisch umstrittenen Nachkriegsmythos. Denn der Begriff soll jene Frauen* beschreiben, die scheinbar selbstaufopfernd Schutt und Trümmer beseitigten. Dass diese Beteiligten wenigstens zum Teil glühende Nationalsozialistinnen waren, die nach dem Krieg zwangsverpflichtet wurden, die Kriegsschäden zu beseitigen, wird verschwiegen. Es passt zu diesen historischen Verdrehungen, dass das für die Heroisierung gewählte Motiv der „Susanna im Bade“ ein kunsthistorisches Sinnbild für den sexualisierenden männlichen Blick und patriarchale Gewalt ist.

Foto: Kai Festo

Reden wir darüber?

Der zivile Aufschrei gegen diese konkrete Plastik hielt nicht lange an und für Vandalismus – wie es etwa in den 90er-Jahren bei den Protesten gegen den Siegfriedskopf im gegenüberliegenden Hauptgebäude der Universität der Fall war – scheint sie zu unspektakulär. Wenigstens verweigerte die Stadt Wien dem ‚Denkmal‘ einen öffentlichen Platz und distanzierte sich von seiner Aufstellung und so steht es nun auf ‚öffentlichem‘ Privatgrund. Seither blickt ‚Susanna‘ auf die Universität Wien und fragt uns, ob sie überhaupt der Rede wert ist. Zahlt es sich noch aus, ein so unscheinbares und ästhetisch schlicht langweiliges Ding zu thematisieren oder sich darüber zu empören? Will sich eigentlich noch jemand mit solchen Geschichtsverdrehungen auseinandersetzen? Haben wir nicht alle diese ‚FPÖ-Wahrheiten‘ einfach satt? Uns scheint es angemessen, dieses Denkmal in diesem Text abzubauen, die ungewöhnliche Relevanz dieses Zeitdokumentes sogar hervorzuheben, eine neue Wahrnehmung zu wagen und nach einer neuen Funktion für diese Skulptur zu suchen.

Wir leben in einer Zeit der Einzelfälle, des Gesagten aber anders Gemeinten, des falsch Interpretierten und des im Mund Umgedrehten. Der Vorteil von Steinen gegenüber Worten liegt darin, dass sie nicht einfach umzudrehen sind und wesentlich länger an Ort und Stelle bleiben. Die großen, kubistisch aneinander und übereinander gelegten Steinblöcke erinnern formal an die ersten, von den Opferverbänden aufgestellten Gedenkstätten der Nachkriegszeit wie beispielsweise das Mahnmal für die Opfer des Gestapo-Terrors am Morzinplatz. War es ein Zufall, wenn Strache davon sprach, dass nun endlich jener ‚Opfergruppe‘ würdig gedacht werde, die bis dato noch kein Denkmal gehabt habe? Diese Skulptur ist das Ergebnis einer Kontinuität der bewussten Geschichtsverdrehung, der Kreierung von Opfermythen und der Schmähung jener Opfergruppen, die immer noch keinen Platz in der österreichischen Erinnerungskultur gefunden haben. So gibt es in Wien kein Mahnmal für die Opfer unter den Roma und Sinti und auch die Umsetzung eines Denkmals für die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in der NS-Zeit verzögert sich weiter. „Niemals vergessen“ ist in unseren digitalen Zeiten kurzlebig und deswegen ist eine steinerne Manifestation der freiheitlichen Geschichtsrevision von symbolischem Wert für das immer wiederkehrende schwarze Loch des blauen Geschichtsverständnisses.

Banales veranschaulichen

‚Susanna‘ offenbart uns banale Details, die es in einem größeren Ganzen zu denken gilt. Allein der angebrachte Schriftzug: „Österreichische Trümmerfrauen 1943–1954“ ist ein Rätsel, denn diese zwei Jahreszahlen scheinen historisch nicht begründbar zu sein. Symbolisiert 1943 eine Bezugnahme auf den ersten Luftangriff auf den Reichsgau Groß-Wien? Eine Möglichkeit, auch der vor-republikanischen Zeit, dem Großdeutschen Reich einen Platz zum Gedenken zu geben? Ist es Zufall, dass ein Platz für das Denkmal an einem Ort gefunden wurde, an dem ebenfalls der sogenannten ‚Türkenbela-

gerung‘ gedacht wird? In seinen vielen verschiedenen Bausteinen ist das Denkmal der Trümmerfrauen* ein Mikrokosmos rechter Kulturpolitik: alteingesessene Klischees des pseudo-subversiven, stets nostalgischen, in NS-Ursprüngen wandernden, falsche Ideale konstruierenden Aufrechterhaltens von Opfermythen und Frauenfeindlichkeit. Nur ist es hier kein Liederbuch, das wieder im Keller verschwindet, kein Bericht der Beschönigung, kein salopp gesagter Satz, sondern ihre steinerne Konzentration.

Susanna, die Badende, ist möglicherweise das konkreteste Relikt der zweiten schwarz-blauen Regierung, das auch noch in zwanzig Jahren zu finden sein wird. Ein Denkmal den Trümmerfrauen* und gleichzeitig ein Mahnmal des Irrsinns rechter Kunstpolitik: Ein Zeitzeugnis, ein museales Objekt im öffentlichen Raum, das jetzt, nach dem Ende dieser Regierungsperiode, nach Kontextualisierung schreit.

Wie reagiert man also auf ein Objekt, das einerseits eine problematische Geschichte erzählen will und gleichzeitig so symbolisch für die Armseligkeit des Geschichtsverständnisses von Teilen der ehemaligen Regierung steht? Indem man es thematisiert und dann kontextualisiert? Es genauso behandelt wie andere fascistische Überbleibsel im öffentlichen Raum? Künstlerisch interveniert? Durch eine zusätzliche erklärende Tafel ergänzt und das Denkmal in ein Mahnmal umwandelt? Theoretisch, rein theoretisch, könnten wir gemeinsam Ideen zur Umgestaltung unter info@contemporarymatters.org sammeln und den die Skulptur doch eigentlich einengenden öffentlichen Raum als solchen nutzen.

Viele der hier gesammelten Überlegungen und Argumente wurden im Rahmen zweier Lesekreise zu den Themen *Die performative Rechte* und *Public Space and Monuments* kollektiv erarbeitet. In gemeinsamen Diskussionen wurden etwa politische Aktionsformen der sogenannten ‚Neuen‘ Rechten und deren aus den 1968ern stammende Genealogie diskutiert oder Fragen nach politischer Manifestation im öffentlichen Raum und dem Umgang mit problematischen Denkmälern gestellt. Dieser Artikel entstand durch den Austausch mit vielen Studierenden in Gruppendiskussionen, in Lesekreisen und bei einem kritischen Spaziergang mit Andreas Peham vom DÖW.

Martina Genetti, Vincent Weisl
I.V für Contemporary Matters 

EIN ALTES FEINDBILD IN NEUER AUFLAGE

Antisemitismus gehört für rechtsextreme ‚Alternativmedien‘ zum Tagesgeschäft. Die Zeitschrift Info-Direkt hat sich in den letzten Jahren mit ihrer modernen Aufmachung hervor getan. Ein genauerer Blick in das selbsternannte ‚Magazin für Patrioten‘ bringt eine antisemitische Verschwörungsspirale zutage.

Im April 2018 sorgte ein Interview in der Tageszeitung *Die Presse* für Aufregung. Der damalige Klubobmann der FPÖ Johann Gudenus meinte, „es gibt stichhaltige Gerüchte, dass Soros daran beteiligt ist, wenn es darum geht, gezielt Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“¹. Gudenus bediente sich dabei einer Verschwörungstheorie, die weder neu noch originell ist. Es ist das antisemitische Narrativ einer jüdischen Weltverschwörung, ein uralter Topos, der in der heutigen ‚Renaissance des Judenhasses‘² neu aufgelegt wird. Der aus einer jüdischen Familie stammende und in Ungarn geborene George Soros dient der extremen Rechten in ganz Europa und darüber hinaus als Projektionsfigur für antisemitische Ressentiments. Angelpunkt dafür ist das Geburtsland von George Soros – dort baute Viktor Orbán beispielsweise das Feindbild schon früh in seine Wahlkämpfe ein und lancierte eine „Stop-Soros“-Kampagne.³

Alles nur Globalisierungskritik?

Die „stichhaltige[n] Gerüchte“, auf die sich Gudenus bezieht, sind Teil einer antisemitischen Verschwörungstheorie, die auch in österreichischen rechtsextremen Medien verbreitet wird. Als Beispiel hierfür wird im Folgenden die Zeitschrift *Info-Direkt* herangezogen. Die aus Oberösterreich stammende Zeitschrift erscheint sechsmal jährlich und wird vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) als aktuell wichtigstes



rechtsextremes Printmedium aus Österreich bezeichnet.⁴ Bereits in der ersten Ausgabe von *Info-Direkt* im Jahr 2015 ist vom „milliardenschwere[n] Geostrategie[n] im Dienste des US-Imperiums, George Soros“⁵ die Rede. „Leute wie George Soros“⁶ würden danach trachten, „alle natürlichen Unterschiede der Menschen zu nivellieren“⁷ mit dem Ziel, „eine heterogene, entwurzelte Menschenrasse“⁸, einen „unförmigen Ethno-Einheitsbrei“⁹ zu schaffen.

In seiner weniger expliziten Ausformung versteckt sich der omnipräsente Antisemitismus¹⁰ von *Info-Direkt* hinter einer vermeintlichen Globalisierungskritik. Die Globalisierung wird dabei jedoch „nicht als komplexer ökonomischer und sozialer Prozess, sondern als Verwirklichung eines geheimen Planes der ‚Globalisten‘ zur Weltherrschaft“¹¹ verstanden. Was auf den ersten Blick als Globalisierungs- oder Kapitalismuskritik erscheinen mag, offenbart auf den zweiten seinen antisemitischen Charakter. In *Info-Direkt* liest man von „Globalisierungs-Extremisten“¹², „kapitalistischen Heuschrecken“¹³, „wurzellosten Kosmopoliten“¹⁴ und der „Hochfinanz“¹⁵. Die verwendeten Begrifflichkeiten sind

9 Info-Direkt: 01/2016, S. 22.

10 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (o. J.): Info-DIREKT. Unter bit.ly/2Hashjy (28.12.19).

11 Peham, Andreas (2012): Feindbild und Welterklärung. Zur aktuellen Relevanz des Antisemitismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg. in): Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailier. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 354.

12 Info-Direkt 01/2017 (Nr. 13), S. 19.

13 Info-Direkt 01/2015, S. 20.

14 Info-Direkt 03/2016, S. 29.

15 Info-Direkt 04/2015, S. 40.

16 Info-Direkt 01/2016, S. 22.

17 Vgl. Marin, Bernd (2000): Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder. Frankfurt / New York: Campus Verlag, S. 11ff.

austauschbar, sie sind Schablonen für das, was eigentlich gemeint ist, aber nach Auschwitz nicht mehr offen gesagt werden kann. Der offen zur Schau gestellte Antisemitismus bildet eine Grenze des Sagbaren, an die sich zumeist auch der Rechtsextremismus gebunden fühlt. Stattdessen bedient er sich Codes und Chiffren, die von der Leser_innenschaft erst entschlüsselt werden müssen, um den eigentlichen Inhalt zu entdecken.

„Was auf den ersten Blick als Globalisierungs- oder Kapitalismuskritik erscheinen mag, offenbart auf den zweiten Blick seinen antisemitischen Charakter.“

So schreibt Richard Melisch in einem Artikel für *Info-Direkt* etwa: „Seit Uhrzeiten predigen heimatlose, von ihrer Sippe ausgeschlossene, vom eigenen Volk vertriebene oder zu keiner Gemeinschaft gehören wollende Einzelgänger die Errichtung einer künstlichen Einheitswelt ohne Grenzen und die Schaffung einer Masse von Hominiden gleicher Farbe und minderer Intelligenzquotienten.“¹⁶ Die Ambiguität in der Sprache dient als Schutzmechanismus und macht es einfach, den Vorwurf des Antisemitismus von sich zu weisen. Es ist ein sich selbst verleugnender „Antisemitismus ohne Antisemit_innen“, der ohne die explizite Nennung von Jüdinnen und Juden auskommt.¹⁷ Als der Vorsitzende des Mauthausen-Komitees Willi Mernyi auf den Antisemitismus in *Info-Direkt* aufmerksam machte, konterte die Zeitschrift mit einer Täter_in-Opfer-Umkehr, wie sie im Textbuch steht: „Im Gegensatz zu Mernyi hat Info-Direkt jedoch die Religionszugehörigkeit von George Soros und Co. nie zum Thema gemacht – nur er reitet darauf herum und verfestigt somit ausgerechnet jene Vorurteile, die er vorgibt zu bekämpfen.“¹⁸ Dieselbe Entlastungsstrategie wurde auch bei Vorwürfen, welche das DÖW erhob, verwendet.¹⁹

Finstere Mächte und die große Verschwörung

Dieser Antisemitismus dient der Delegitimierung unterschiedlichster Anliegen und Personen, die nicht mit dem rechtsextremen Weltbild d'accord sind. Die antisemitische Agitation funktioniert dabei über Suggestions- und Assoziationsketten. Politische Gegner_innen müssen lediglich in die Nähe von jüdisch konnotierten Inhalten und Personen gebracht werden, um sie als Teil einer vermeintlichen Weltverschwörung zu brandmarken. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron etwa sei als „ehemaliger Rothschild-Investmentbanker [...] von unklaren Quellen mit ausreichend Geldmitteln ausgestattet“²⁰ worden. Im nächsten Satz wird sogleich Sebastian Kurz in den Sog der Verschwörung hineingezogen: „Wer die Hintermänner des Kurz-Coup in der ÖVP sind, weiß ebenso niemand. Dass ein 31-Jähriger die finanziell mächtigste Partei Österreichs im Al-

18 Info-Direkt 01/2018 (Nr. 19), S. 14.

19 Vgl. Info-Direkt 01/2019 (Nr. 25), S. 32.

20 Info-Direkt 03/2017 (Nr. 13), S. 35.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Info-Direkt 01/2018 (Nr. 19), S. 14.

24 Peham, Andreas (2012): Feindbild und Welterklärung. Zur aktuellen Relevanz des Antisemitismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg. in): Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailier. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 361.

25 Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus und Nation. Zur historischen Genese der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 39(4), S. 401.

leingang und ohne Hintermänner in die Knie zwingt, gilt als eher unwahrscheinlich.“²¹ Auch der ehemalige US-Präsident Barack Obama sei „von unsichtbaren Eliten aus dem Hut gezaubert“²² worden und bei Christian Kern wird wiederum auf sein enges Verhältnis zu George Soros hingewiesen.²³ Die Verschwörungstheorie dient hier nicht nur als Ventil für tief verankerte antisemitische Aversionen, sondern „[s]ie bedeutet auch eine enorme narzisstische Zufuhr, erlaubt sie doch, das Unbegreifliche plötzlich zu begreifen. [...] Die empfundene Macht wächst mit dem entlarvten Geheimnis, darum sind die Wissenden permanent auf der Suche nach noch größeren Verschwörungen – und in Angst vor diesen.“²⁴ Gerade hier zeigt sich die „wahnhaftige Struktur“²⁵ der antisemitischen Weltanschauung, die durch permanente Wiederholung und Selbstversicherung ihren Antisemitismus verfestigt und reproduziert.

Die Verschwörungspostille und die FPÖ

Das Naheverhältnis von *Info-Direkt* zur FPÖ zeigt sich nicht nur in ihrer wohlwollenden Berichterstattung, sondern auch konkret in regelmäßigen Inseraten der FPÖ oder ihr nahestehender Organisationen und Personen. Darunter finden sich Werbeschaltungen²⁶ von Harald Vilimsky über *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF)²⁷, der FPÖ Oberösterreich bzw. Linz²⁸, der FPÖ-Bundespartei²⁹, der freiheitlichen Bauernschaft OÖ³⁰ sowie der freiheitlichen Jugend OÖ³¹. In der Zeitschrift *Info-Direkt* sorgt man sich jedoch durchaus um die ideologische Ausrichtung der FPÖ. Diese dürfe bei allem antimuslimischen Rassismus nicht auf den Antisemitismus vergessen: „Die Gefahr, dass man die eigenen (öffentlichkeitswirksamen) Feindbilder selbst zu ernst nimmt, ist bei der FPÖ jedenfalls gegeben. Im Konkreten würde das bedeuten, dass man wirklich daran glaubt, dass der Islam das Problem ist und nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch in der eigenen Weltanschauung vergisst, welche Mächte im Hintergrund den Bevölkerungsaustausch vorantreiben.“³² *Info-Direkt* jedenfalls glaubt diese „Mächte“ zu kennen, es ist „der lachende Dritte [der] kassiert und sich die Hände reibt. [...] Er ist unser Feind.“³³ Spätestens beim Begriff von Feindschaft sollten wir alle hellhörig werden. Jede Form der Menschenfeindlichkeit, insbesondere der Antisemitismus, ist immer auch von latenter Gewalt geprägt und wie uns die Geschichte lehrt, folgt auf Gewalt in der Sprache nur allzu oft die Gewalt der Tat.

1 Bonavida, Iris / Prior, Thomas (2018): Migration gesteuert? „Soros möglicher Akteur“. In: Die Presse, 21.04.2018, S. 4.

2 Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus. Eine Systematisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67, S. 574.

3 Krause-Sandner, Karoline (2019): Viktor Orbán gegen George Soros: Genese einer Hasskampagne. Unter /kurier.at/politik/ausland/viktor-orban-gegen-george-soros-genese-einer-hasskampagne/400379876 (28.12.19).

4 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (o. J.): Info-DIREKT. Unter bit.ly/39k8vxT (28.12.19).

5 Info-Direkt: 01/2015, S. 6.

6 Info-Direkt: 01/2017 (Nr. 13), S. 19.

7 Info-Direkt: 03/2017 (Nr. 15), S. 7.

8 Info-Direkt: 01/2017 (Nr. 13), S. 19.

26 Der hier einbezogene Untersuchungszeitraum reicht bis zur Ausgabe 03/2019 (Nr. 27).

27 Vgl. Info-Direkt 04/2015, Backcover; 02/2018 (Nr. 20), S. 11; 03/2018 (Nr. 21), S. 9; 04/2018 (Nr. 22), S. 9.

28 Vgl. Info-Direkt 02/2016, S. 31; 06/2016, S. 35; 02/2018 (Nr. 20), S. 43; 03/2016, S. 11, 01/2017 (Nr. 13), S. 36; 04/2017 (Nr. 16), S. 39; 01/2018 (Nr. 19), S. 46; 05/2017, S. 23; 06/2017, S. 23; 01/2019 (Nr. 25), S. 9.

29 Vgl. Info-Direkt 05/2015, S. 29; 05/2017 (Nr. 17), S. 11; 03/2019 (Nr. 27), Backcover.

30 Vgl. Info-Direkt 03/2017 (Nr. 15), S. 39.

31 Vgl. Info-Direkt 06/2016, S. 17 & 19.

32 Info-Direkt 03/2016, S. 23.

33 Info-Direkt 04/2016, S. 11

UNHEIMLICHE HINTERMÄNNER

Ein besonders beliebtes Feindbild in Österreich stellen sogenannte ‚Hintermänner‘ dar. Der ‚Hintermann‘ gilt dabei stets als der eigentliche Profiteur und Strippenzieher von bzw. eben: hinter Vorgängen, die nicht so seien wie sie scheinen, und steht als projektive Personifikation stellvertretend für nicht durchschaute gesellschaftliche Verhältnisse. Deshalb bleiben die ‚Hintermänner‘, obwohl ob deren moralischer Verkommenheit kein Zweifel über ihre Existenz bestehen könne, doch stets ungreifbar; sie seien eben zu verschwörerisch gerissen und – das zieht in Österreich immer – agierten verborgen aus dem Ausland. Nicht nur ‚da oben‘ wähen die Österreicher_innen dunkle Machenschaften sinister ‚Hintermänner‘ (knapp 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind der Meinung, Juden seien die Strippenzieher hinter der internationalen Geschäftswelt¹); viel mehr noch scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass an jeder Straßenecke ein ‚Hintermann‘ lauern kann. So geschehen etwa in einer Diskussionssendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Anfang Dezember über Bettelerei: Während man sich bei FPÖ und ÖVP nicht dazu herablassen wollte, Vertreter_innen zu einem solch niederen Thema zu entsenden, waren sich die Repräsentanten der übrigen Parteien zweifellos einig – zwar dürfe man die Armen nicht bekämpfen, wohl aber jene, „die dahinter stehen“ und mit ihren „korrupten Machenschaften“ arme Menschen missbrauchten.²

Verschörung an der Straßenecke

Nach der gängigen Ideologie würde demnach die ‚Bettelmafia‘ im Hintergrund die Fäden ziehen, Transport, Unterkunft etc. organisieren und „sei die eigentlich profitierende Instanz, welche die sichtbaren Objekte des Ressentiments, also die Bettelnden, ‚ausbeute‘, unterdrücke und benutze“³ und in erster Linie dafür verantwortlich, dass die Bettelnden überhaupt ins Land kommen. Das Betteln ist eine der letzten Überlebensebenen für die aus der Kapitalakkumulation Herausgefallenen, findet aber dennoch in der Logik des Warentauschs statt: gegen ein paar Münzen gibt es das Gefühl, das größte Leid gelindert zu haben. Wer aber über ‚Hintermänner‘ raunt, welche die eigentlichen Profiteure seien, will selbst das noch verhindern: „Es ermöglicht, den Bettelnden nicht aus Mitleid Geld zu geben, sondern ihnen aus ‚Mitleid‘ kein Geld zu geben“⁴ oder eben sogar Bettelverbote zu fordern.

Das Gefasel über Bettelbanden und Bettelmafia entbehrt aber, anders als es die Autosuggestion des ‚gesunden Volksempfindens‘ sich bescheidwiserisch glauben machen möchte, jeglicher

Grundlage. So geht etwa aus einer parlamentarischen Anfrage vom September 2009 hervor, dass in „den vergangenen 12 Monaten ... in Wien sechs Fälle von ‚Organisierter Bettelerei‘ im Sinne des geltenden Landesgesetzes festgestellt“ wurden; in keinem dieser sechs Fälle konnte die vermeintlich dahinterstehende Organisation ausgeforscht werden.⁵ Ein solches Geschäftsmodell wäre angesichts der niedrigen Tageseinnahmen von Bettelnden ohnehin nicht rentabel.

Nichtsdestotrotz gehören solche Ressentiments gegen Bettelnde und Obdachlose nicht nur zum fixen Bestandteil der populistischen Agitation der extremen Rechten,⁶ gerade im österreichischen Boulevard und in der Mitte der Gesellschaft finden sie weite Verbreitung und bilden die Grundlage für eine repressiv-diskriminierende Verdrängungs- und Vertreibungspolitik. Im März 2010 wurde etwa auf Initiative der Sozialdemokratie im Wiener Landtag ein Antrag durchgebracht, der das Betteln in „gewerbsmäßiger Weise“ verbietet. Auch in den meisten anderen Bundesländern gibt es mittlerweile ähnliche Bestimmungen. In Oberösterreich, wo die rechtsextreme FPÖ bereits seit 2015 mitregiert, erreichte die Kriminalisierung von Bettelnden ihren vorläufigen Höhepunkt: dort gibt es – seit 2015 – Datenbanken, in denen alle bettelnden Personen erfasst werden; das Modell wurde 2016 in Niederösterreich übernommen.⁷

Antiziganismus und postnazistische Kontinuität

Es wäre nicht Österreich, wäre der Ort der ‚Gemeinschaftsschädlinge‘ nicht gerüchteweise bekannt: das Ausland muss es sein. Wie bereits erwähnt, werden die Projektionen gegen Obdachlose und Bettelnde häufig nationalisiert bzw. ethnisiert. Zwar hat sich mittlerweile selbst in rechtsextremen Kreisen herumgesprochen, dass es nicht mehr gesellschaftlich opportun ist, in der Öffentlichkeit ‚Zigeuner‘ zu sagen. Nichtsdestotrotz kann der Volksmund mit schlafwandlerischer Leichtigkeit die völkische Zugehörigkeit nicht nur der Bettelnden, sondern vor allem auch der ‚Hintermänner‘ ausmachen: die Fülle an Zeitungsartikeln, die Bettelnde selbstverständlich mit Roma und Romnja gleichsetzen, ist kaum zu überblicken, die ‚Bettelmafia‘ komme in der Regel aus Rumänien, mindestens aber aus dem Osten.

Die Stigmatisierung und Verfolgung von zu ‚Zigeunern‘ erklärten Menschen und sogenannten ‚Asozialen‘ hat in Europa eine Tradition, die noch vor die Zeit des Nationalsozialismus zurückreicht. Lange vor 1933 und noch nach 1945 gab es zum Beispiel sogenannte ‚Zigeunerkarteien‘: In diesem Zusammenhang müssen die bereits erwähnten Datenbanken betrachtet werden. In ei-

1 Zeglovits, Eva / Unterhuber, Paul / Sommer, Franz: Antisemitismus-Studie 2018: Ergebnisanalyse im Überblick, bit.ly/2SSUUC0 (letzter Zugriff: 5.1.2020)

2 IM ZENTRUM: Betteln, Not und Armutsfallen – Tut der Staat genug?, ORF, 08.12.2019

3 Schreiter, Nikolai: „Eingeschleppte Parasiten“. Antiziganismus und die Bettelmafia als pathische Projektion, in: sans phrase 7 (1/2015), 49–62, 58

4 Schreiter: „Eingeschleppte Parasiten“, 60

5 BMI: Anfragebeantwortung betreffend „organisierte Bettelerei in Graz“, NR 2710/AB XXIV.GP (2009), bit.ly/2QredaP (letzter Zugriff: 3.1.2020)

6 Vgl. Teidelbaum, Lucius: Obdachlosenhass und BettlerInnenfeindlichkeit in Österreich, in: FIPU (Hg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen (Band 1), Wien 2014, 170–199.

7 Gießelmann, Bente: Antiziganismus und Ordnungspolitik: Die Einführung von ‚Bettler-Datenbanken‘, in: Romano Centro Sonderheft 88 (2017), bit.ly/39FA3in (letzter Zugriff: 5.1.2020)

ner Verordnung vom 4. April 1938, die einen Personenkreis definierte, der in ‚Vorbeugehaft‘ genommen werden konnte, wurden ‚Zigeuner‘ selbstverständlich unter die Gruppe der ‚Asozialen‘ subsumiert und als solche in Konzentrationslager deportiert. Ihr Status auch innerhalb der Lagerhierarchie war somit sehr niedrig.⁸ Im Dezember 1938 gab Heinrich Himmler den Befehl „zur endgültige Lösung der Zigeunerfrage ... aus dem Wesen der Rasse heraus“, ab 1941 wurden ‚Zigeuner‘ „den Juden gleichgestellt.“⁹ Die genaue Opferzahl des Porrajmos genannten Massenmords wird vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma auf 500.000 geschätzt. Von den geschätzten 11.000 österreichischen Betroffenen dürften etwa 1.000 überlebt haben.¹⁰ Sie konnten sich hinterher anhören, dass ihre Deportation „nicht allein aus Gründen der Abstammung, sondern auch aus Asozialität erfolgt“ sei. Die Begründung: Vorstrafen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus, die jedoch auf einer Sondergesetzgebung für ‚Zigeuner‘ beruhen.¹¹

Warengesellschaft und Projektion

Dass die Gerüchte über ‚Bettelbanden‘ und ‚Bettelmafia‘¹² sich entgegen jeder Evidenz einer gewissen Virulenz erfreuen, verweist auf den projektiven Charakter dieser Ideologie: sie erklärt sich keineswegs durch das wirkliche Verhalten von bettelnden Menschen, vielmehr müsste das projizierende Subjekt und dessen Modus der Vergesellschaftung in den Blick genommen werden. Zu einer Gesellschaft, die auf dem Kapitalverhältnis beruht, gehört nun einmal der Glaube an Verschwörungen. Wenn düstere ‚Hintermänner‘ Schuld tragen an der eigenen Situation oder ganz allgemein an gesellschaftlichem Unrecht, so werden die gesellschaftlichen Verhältnisse, die es zeitigen und die in solcher Ideologie aber zumeist als Kollektiv oder Gemeinschaft gedacht werden, entlastet. Insofern ist die Verschwörungsideologie als

8 Freund, Florian / Baumgartner, Gerhard / Greifeneder, Harald: Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien 2004, 50.

9 Lohse, Hinrich: zitiert nach: Scholz, Roswitha: Homo Sacer und „Die Zigeuner“. Antiziganismus – Überlegungen zu einer wesentlichen und deshalb ‚vergessenen‘ Variante des modernen Rassismus, in: EXIT! 4 (2007), bit.ly/2trU3UZ (letzter Zugriff: 5.1.2020)

10 Freund/Baumgartner/Greifeneder: Vermögenszug, 51.

11 Zitiert nach ebd., 223f.

12 Anzumerken und vorwegzunehmen ist an dieser Stelle, dass die Vorstellung von ‚Bettelbanden‘ immerhin noch darauf beruht, dass Bettelnde sich tatsächlich organisieren. Dieses völlig legitime Unterfangen gilt vielen schon als Skandal. Demgegenüber handelt es sich beim Vorwurf der ‚Bettelmafia‘ um reine Projektion.



Abwehrreaktion zu deuten, die das Subjekt davor bewahrt, Kritik an den tatsächlich wirkenden gesellschaftlichen Mächten üben zu müssen. Der psychologische Gewinn für das Subjekt ist immens: durch das Ressentiment gegen vermeintliche Verschwörer wird die autoritäre Fügung mit rebellischen Neigungen in Einklang gebracht. Der Glaube an Verschwörungen speist sich aus derselben psychischen Dynamik, wie Adorno sie als grundlegend für den autoritären Charakter beschrieb.¹³ Zudem, und das ist hier wahrscheinlich sogar das Wesentlichere, erinnern Bettelnde und Obdachlose an eine simple Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft: Dass, entgegen aller Selbstvergewisserungen, in ihr „der Mensch schlechthin ... eine sehr schäbige Rolle spielt.“¹⁴ Die Ahnung, dass es potentiell jeden und jede treffen kann, wird abgewehrt durch Projektion gerade gegen die, welche die Menschen leibhaftig an das Elend, das zu dieser Gesellschaft nun einmal gehört, erinnern.¹⁵ Es ist diese frei flottierende Angst vor dem sozialen Abstieg, das Wissen um die Möglichkeit des Herausfallens aus der Verwertung des Werts, welche die Ethnisierung der Projektion zeigt sich ihr abwehrender Charakter. Feindschaft gegen Obdachlose und Bettelnde übertreibt damit noch die Realität dessen, was in der warenproduzierenden Gesellschaft ohnehin der Fall ist: diejenigen, die leben ohne zu arbeiten, sollen zusätzlich noch bekämpft werden.

13 Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main 2018, 110f.

14 Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke. Band 23. Dietz Verlag, Berlin 1988.

15 Scholz, Roswitha: Homo Sacer und „Die Zigeuner“. Antiziganismus – Überlegungen zu einer wesentlichen und deshalb ‚vergessenen‘ Variante des modernen Rassismus, in: EXIT! 4 (2007), bit.ly/2trU3UZ (letzter Zugriff: 5.1.2020)

STRAF- UND GEWALTTATEN VON RECHTS



In Halle greift ein Rechtsextremer eine Synagoge an und tötet zwei Menschen, in Kassel wird der Regierungspräsident Walter Lübcke erschossen, in ganz Europa bilden sich immer mehr rechtsterroristische Gruppen, die ihren Hass nicht nur im Internet verbreiten, sondern auch real ausleben. Dass rechte Ideologien auf fruchtbarem Boden zu Taten heranwachsen, lässt sich nicht mehr ignorieren. Wie sieht unsere Gesetzeslage dazu aus?

Ein Dilemma des österreichischen Verbotsgesetzes und der kriminalrechtlichen Reaktion auf rechtsextreme Straftaten manifestiert sich in dem Umstand, dass zwar im gesellschaftlichen Alltag eine große, über die letzten Jahre wahrscheinlich wieder zunehmende Verbreitung von Verhaltensweisen und Aktivitäten zu beobachten ist, die als Provokation und Protest dienen sollen, mit fließendem Übergang ins politische Feld, es sich jedoch kaum um strafrechtlich relevante

Taten im Sinne der eigentlichen Intention des Gesetzes handelt. Das Verbotsgesetz¹ geht von einer Grundform der politischen und ideologischen Wiederbetätigung und Verbreitung aus, welche den im gesellschaftlichen Alltag verbreiteten Rechtsextremismus und Rassismus kaum erfasst. Das bedeutet, dass das Strafrecht gegen den zeitgemäßen Rechtsextremismus nur bedingt nützlich ist. Gesellschaftlich wirksam wird rechtsextreme Ideologie dort, wo sie durch umfassendere gesellschaftliche Strukturen und ökonomische Prozesse gefördert wird. Verlaufen diese ideologischen Prozesse verdeckt, erzeugen sie mittelfristig eine neue Art von Gesellschaft – eine neue Form von Normalität – in der die Justiz und die Sicherheitsbehörden nur mehr beschränkt gegen ‚Rechtsbrüche‘ arbeiten können. Solche Rechtsbrüche führen dann nicht nur zu einer Steigung der rechtsextrem motivierten Straftaten, sondern auch zu einer steigenden politisch rechten Kriminalität.²

Verbotsgesetz

Das Verbotsgesetz wurde am 8. Mai 1945 erlassen und es enthält einige strafrechtliche Bestimmungen, welche sich in den §§ 3a–3j, 8, 10, 12, 16 und 20 Abs 5 befinden.³ Heute sind nur mehr die §§ 3a–3j strafrechtlich von Bedeutung, da aufgrund der großen Zeitspanne seit Verabschiedung des Gesetzes einige dieser Bestimmungen als veraltet gelten. Das Verbotsgesetz ist ein Verfassungsgesetz und kann somit nur mit erhöhtem Präsenz- und Konsensquorum geändert werden. In den Strafbestimmungen des Verbotsgesetzes sind mehrfach normative Tatbestandsmerkmale eingebettet. Hierbei ist speziell der Rechtsbegriff der Betätigung im nationalsozialistischen

- 1 Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Verbotsgesetz 1947, Fassung vom 27.01.2020. Online abrufbar unter: bit.ly/36xlbzy (letzter Zugriff: 27.01.2020).
- 2 Weiterführend: Hanak, G. / Krucsay, B. / Gombots, R. (2010). Rechtsextreme Straftaten im Kontext. Forschungsbericht, IRKS, Wien.
- 3 Lässig in WK2 VG Vorbem Rz 1.

Sinne hervorzuheben. Der Vorsatz des Täters_in hat sich auf diese normativen Tatbestandsmerkmale zu beziehen.⁴ Irrt der die Täter_in über ein normatives Tatbestandsmerkmal, so gilt dies als Tatbildirrtum, und dies hat zur Folge, dass aufgrund des Tatbildirrtums der Vorsatz des der Täter_in fehlt, wodurch eine Bestrafung aufgrund einer vorsätzlichen Tat nicht möglich ist.⁵

§ 283 StGB – Verhetzung

Zu beachten ist bei diesem Tatbestand, dass eine Verhetzung nur dann von dieser Norm⁶ erfasst wird, wenn diese für die öffentliche Ordnung und den öffentlichen Frieden gefährlich ist. Das betrifft somit die Völkerverhetzung sowie die religiöse Verhetzung (Abs 1) und die Kirchenverhetzung (Abs 2). Demnach muss die Tathandlung entweder ein Aufreizen oder Auffordern zu einer entgegengesetzlichen Handlung darstellen. Zu beachten ist weiters, dass diese feindselige Handlung gegen eines der in § 283 Abs 1 genannten Schutzobjekte gerichtet sein muss; als Schutzobjekte gelten zum Beispiel:

Kirchen und Religionsgruppen

Zu beachten ist hierbei, dass nicht nur die in Österreich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften einen derartigen Schutz genießen, sondern jede religiöse Gruppierung, die auf Grund ihrer Eigenschaften als Kirche bzw. Religionsgemeinschaft zu qualifizieren ist.

Geschützte Gruppen

Durch diese gesetzliche Festlegung wird nicht jede Gruppierung durch § 283 StGB geschützt, sondern die Schutzobjekte klar festgelegt. Zur Beurteilung, ob es sich im konkreten Fall um eine geschützte Gruppe handelt, sind lediglich objektive Maßstäbe heranzuziehen.⁷

Sobald die Tathandlung des Beschimpfens und Hetzens in einer oben

beschriebenen, charakteristischen Begehungsart vorgenommenen wurde, ist das Delikt nach § 283 Abs 2 StGB vollendet. Zu beachten ist, dass die Verächtlichmachung ein sogenanntes Versuchsdelikt ist, und es damit eine lex specialis⁸ zur allgemeinen Versuchsregelung darstellt. Somit tritt hier die Vollendung bereits im Stadium des Versuches ein.

Politische Bildung als Prävention gegen Rechtsextremismus

Immer, wenn Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit diskutiert wird, werden Rufe nach verstärkter politischer Bildung laut. Jedoch tut nicht nur eine konjunkturelle Debatte not, sondern vielmehr eine sachliche und nachhaltige Auseinandersetzung. Politische Bildung ist kein Wundermittel gegen Rechtsextremismus, kann aber zu Mündigkeit und Selbstermächtigung führen. Sie spielt hauptsächlich bei der primären Prävention eine Rolle – Ansätze hierfür sind etwa Demokratiepädagogik, Bildungsarbeit über Rechtsextremismus, historische Bildungsarbeit, Konzepte der rassismuskritischen Bildungsarbeit etc.

Antifaschismus geht uns alle an!

Klar ist, dass rechtsextreme Straftaten seit einigen Jahren dramatisch zunehmen. Der Terror von religiös-fundamentalistischen Gruppierungen wird viel zu wenig thematisiert und gibt ihnen den Raum, sich auszubreiten. In einer Zeit, in der wieder vermehrt Naziparolen an Häuserwänden zu finden sind, in der Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus zerstört werden, in der auf Webseiten neonazistische Propaganda betrieben wird und Menschen bedroht werden, müssen wir selbst aktiv werden. Antifaschismus geht uns alle an! Wir müssen über rechte Gewalt reden.

Zeinab C. Abdel-Keream

- 4 Lässig in WK2 VG Vorbem Rz 2; 9 Os 132/85.
- 5 Kienapfel/Höpfel AT11 Z 16 Rz 11; 9 Os 132/85
- 6 Allgemein anerkannte, als verbindlich geltende Regel für das Zusammenleben der Menschen.
- 7 Hinterhofer in Triffterer/Rosbaud/Hinterhofer, Sbg StGB § 283 Rz 13.

- 8 Spezielles Gesetz, das dem allgemeinen Gesetz (lex generalis) vorgeht.

RECHTSEXTREME VOR GERICHT



Nicht zuletzt wegen der Stürmung des Theaterstücks *Die Schutzbefohlenen* durch die rechtsextremen Identitären im April 2016¹ befassen wir uns mit rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten und wie diese vor Gericht verhandelt werden. Dieser Text soll einen Einblick in unsere Arbeit bieten.

Am 12. Juni 2014, mitten im sogenannten *Fluchthilfeprozess*² gegen acht Geflüchtete, die teilweise im *Refugee Protest Vienna* aktiv waren, starteten wir unser Projekt. Ziel war und ist es bis heute, eine kritische Öffentlichkeit für die Kriminalisierung von Migration und Fluchthilfe zu schaffen. Seitdem begleiten wir gemeinsam ausgewählte Gerichtsprozesse und berichten in verschiedenen Formaten vom Geschehen sowie den Hintergründen. Unser Ziel ist es, die Perspektiven der von Repression Betroffenen aufzuzeigen und gemeinsam mit ihnen Kritik am Prozessgeschehen, aber auch

an der Kriminalisierung an sich zu formulieren. Unsere Arbeit verstehen wir als einen Versuch einer Verschiebung öffentlicher Diskurse und als Gegengewicht zu einer häufig sehr einseitigen Berichterstattung, die politische Zusammenhänge ausblendet und oftmals in ‚Einzelfall‘-Erzählungen feststeckt. Denn was hinter Gerichtsmauern passiert, kann niemals losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden.

Ob wegen Körperverletzung, Besitzstörung, übler Nachrede, Verhetzung oder Wiederbetätigung – wenn rechtsextreme Einzelpersonen oder Gruppierungen vor Gericht stehen, zeigen sich wiederkehrende Probleme, die sich nicht von gesellschaftlichen Machtverhältnissen trennen lassen. Je ernster die Gesellschaft Fälle rechtsextremer Straftaten nicht allein vor Gericht, sondern auch gesamtgesellschaftlich nimmt, desto besser sind auch die Unterstützungsangebote für Betroffene dieser Gewalt. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Betroffene dazu entscheiden, Rechtsextreme anzuzeigen, zu melden beziehungsweise vor Gericht gegen sie auszusagen.

¹ prozess.report/prozesse/noidis/, 19.01.2020

² prozess.report/prozesse/fluchthilfe/, 19.01.2020

Die Grenzen des Rechtsstaats

Gerichtsverfahren sind inhaltlich durch die Anklageschrift und die dort angeführten Vorwürfe beschränkt; das heißt, es geht primär um einzelne Vorfälle sowie die Frage, inwieweit diese laut der österreichischen Gesetze strafbar sind. Fragen nach den politischen Motivationen der Taten treten in den Hintergrund, Betroffene bekommen kaum Gehör und die vorhandene systematische Gewaltbereitschaft rechtsextremer Personen wird kaum bis gar nicht aufgezeigt. Verharmlosende Schutzbehauptungen³ und Relativierungen sind genauso an der Tagesordnung wie das Nutzen der Vernehmungen für die politische Inszenierung der eigenen, rechtsextremen Gesinnung, welcher nur die wenigsten Richter_innen und Staatsanwält_innen Fakten entgegenzusetzen können. Während die Aussagen von Betroffenen und Expert_innen kaum Gehör finden, schaffen es die Angeklagten, immer wieder dieselben Relativierungen zu platzieren, und versuchen, ihre menschenverachtende und antidemokratische Ideologie als bloße Meinungsäußerung und notwendigen Protest zu rechtfertigen.

Natürlich stellt sich immer wieder die Frage, ob Gerichtsverfahren überhaupt eine Möglichkeit sein können, rechtsextremen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Denn zum einen zeigt sich, dass Sachverhalte vor Gericht nicht aufgeklärt werden können, Ermittlungen unzureichend vorgenommen sowie die Beschuldigten entpolitisiert als Einzeltäter_innen abgehandelt werden. Zum anderen führen Freisprüche und geringe Konsequenzen erfahrungsgemäß zu einer Legitimierung rechtsextremer Gewalt und senden ein Signal in die Szene, die sich dadurch bestärkt in ihrem Handeln fühlt. Dennoch kann eine konsequentere Strafverfolgung bei rechter Gewalt einen gesamtgesellschaftlichen Protest nicht ersetzen, dies gilt es immer wieder zu verdeutlichen.

Deshalb besteht unsere Arbeit aus mehr als bloßem Mitschreiben und Kurzmeldungen vom Prozessgeschehen, wir sind solidarisch mit den Betroffenen und als Antifaschist_innen im Gericht auch Feindbild der Angeklagten. Eine gute Vorbereitung⁴ im Vorfeld ist unerlässlich, denn Einschüchterungs- und Diffamierungsversuche gegen Prozessbeobachter_innen sind leider keine Seltenheit.

Weitgehend nicht thematisiert werden auch die Diskriminierungsmechanismen der Gerichte selbst.

³ Beschuldigte sind nicht verpflichtet, vor Gericht die Wahrheit zu sagen. Das heißt, dass es zu ‚Erinnerungslücken‘ oder Aussagen kommen kann, die nicht der Wahrheit entsprechen, um sich nicht weiter selbst zu belasten.

⁴ stopptdierechten.at/think/how-to-prozessreport/, 19.01.2020

Während die Prozessbeteiligten darüber diskutieren, ob die angeklagten konkreten Inhalte überhaupt zur Herabwürdigung und Hetze gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen anstacheln, werden diese notgedrungen immer wieder reproduziert und selten kontextualisiert. Für die Betroffenen und kritischen Beobachter_innen im Gericht sind das mitunter die schwierigsten Momente, denn ob zum Beispiel ein Plakat rassistisch gegen Muslim_innen hetzt oder ein Facebook-Posting den Nationalsozialismus propagiert, entscheiden vor Gericht doch meist Personen, die nicht von den Auswirkungen der Diskriminierung und Gewalt betroffen sind.

Verharmlosung in den Medien

In Österreich finden Strafprozesse öffentlich statt. Das bedeutet, dass – mit einigen Ausnahmen – jede_r Verhandlungen beiwohnen kann. Ob und wie Termine im Vornherein veröffentlicht werden, regelt jedes Gericht individuell. Während einige Landesgerichte die Verhandlungskalender online veröffentlichen⁵, schränken andere diese Informationen zunehmend ein. Aufgrund der steigenden Intransparenz nehmen die Medien, die von solchen Verfahren kritisch und solidarisch berichten, eine wichtige Schlüsselrolle im gesellschaftlichen Diskurs ein.

Ein Großteil der Presseberichte umfasst lediglich das bloße Prozessgeschehen. Dies geht oft damit einher, die Schutzbehauptungen der Angeklagten kommentarlos abzudrucken, anstatt Betroffene und (Rechtsextremismus-)Expert_innen zu Wort kommen zu lassen. Durch diese unkritische und teils sympathisierende Berichterstattung gelingt es den Angeklagten, ihre menschenverachtende Propaganda in den Medien zu platzieren und sich weiter als die Opfer des Rechtsstaats zu inszenieren. Dem kann nur entgegengewirkt werden, indem man immer wieder die dahinterstehenden Ideologien aufzeigt, das Gefahrenpotenzial Rechtsextremer ernst nimmt und nicht dazu beiträgt, sie als Gleichberechtigte im öffentlichen Diskurs zu begreifen.

⁵ prozess.report/mitmachen/howto/verhandlungstermine 19.01.2020

DAS WAR'S – WAR'S DAS?



Im Kontext politischer und gesellschaftlicher Verschiebungen nach rechts, die zwingend einhergehen mit der politischen Demontierung feministischer Errungenschaften, stellt sich in Österreich die Frage: Was bleibt von Schwarz-Blau III? Eine rückblickende Analyse.

Österreich aktuell: Nachdem die historisch dritte Auflage der schwarz-blauen Koalition unter Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache im Mai 2019 ihr vorzeitiges Ende gefunden hat (Stichwort Ibiza), regiert seit Anfang Jänner zum ersten Mal die ÖVP gemeinsam mit den Grünen. Im Vorfeld gelang es Sebastian Kurz, sich nicht nur im Rahmen des türkisen Imagewechsels als das Gesicht der neuen ÖVP – ganz im Sinne der messianischen Führerfigur – zu etablieren, sondern auch auf politisch-ideologischer Ebene eine vermeintliche Neuausrichtung zu inszenieren. Der alte und zuweilen verstaubte Konservatismus herkömmlicher ÖVP-Politiker und -Politikerinnen wurde (zumindest oberflächlich) modernisiert und den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen angepasst. Letztere beziehen sich insbesondere auf die Instrumentalisierung der ‚Ängste des kleinen Mannes‘, die ihren Ausdruck in der konsequenten Abwehr jeglicher Form vermeintlicher ‚Andersartigkeit‘¹ finden. Die türkis-blaue Koalition war demnach eine logische Konsequenz dieser Zuspitzungen, hatte die FPÖ das Thema – oder vielmehr die konstante Negation und Abwehr – der Migration und den damit ein-

1 Siehe dazu u. a. das Konzept des ‚Othering‘ von G. C. Spivak: The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. In: History and Theory, Bd. 24, Nr. 3 (Okt. 1985), 247–272.

hergehenden Rassismus doch seit Jahrzehnten für sich gepachtet.²

Zum Verhältnis von Konservatismus, Rechtsextremismus und Antifeminismus

Klaus Fritzsche stellt hinsichtlich der Verortung und Begriffsbestimmung des Konservatismus fest: „Der Konservatismus, als die generelle Bemühung um die Sicherung der gesellschaftlichen Grundverhältnisse, umfaßt und bearbeitet alle relevanten Zusammenhänge von Sein, Haben und Tun.“³ Bei diesen Grundverhältnissen handelt es sich letztendlich um Herrschaftsverhältnisse, deren Stabilität garantiert werden soll. Versteht man Konservatismus demnach als einen zentralen ideologischen Moment der sogenannten gesellschaftlichen ‚Mitte‘, so zeigt er sich als Basis für rechtsextreme Ideologien, da letztere eine militante Steigerungsform eben jener zentralen gesellschaftlichen Ideologien und Werte im Spätkapitalismus darstellen.⁴

Ein wesentliches Kennzeichen rechtsextremer Ideologien ist das Ideal der (deutschen) ‚Volksgemeinschaft‘, also das eines homogenen ‚Volkes‘ bzw. ‚Volkkörpers‘.⁵ Dem zugrunde liegt die Vorstellung einer vermeintlichen ‚Natürlichkeit‘ sozialer, ethnischer, geschlechtlicher und kultureller Differenzen, die zur Legitimierung jeglicher rassistischen, antisemitischen und sexistischen Diskriminierung dienen.

Diese konstruierte und vor allem unveränderbare, deterministische ‚Natürlichkeit‘ ist es auch, die schließlich den Boden für jenen Sexismus und jene Heteronormativität bereitet, welche sowohl dem Rechtsextremismus als auch dem Konservatismus immanent sind. ‚Natürliche Unterschiede‘ zwischen den binär gedachten Geschlechtern – also zwischen Mann und Frau – definieren in dieser Logik unter anderem die geschlechtsspezifischen Rollen, Eigenschaften sowie

2 Jene scheinbare Aneignung von traditionell ‚blauen‘ Themen führte in den vergangenen zwei Wahlkämpfen der Nationalratswahlen zu Vorwürfen des gegenseitigen ‚Kopierens‘: Den Slogan ‚Einer, der unsere Sprache spricht‘ beanspruchten sowohl Sebastian Kurz, Herbert Kickl, H. C. Strache, Norbert Hofer als auch in der Vergangenheit (1999) Jörg Haider für sich.

3 Klaus Fritzsche: Konservatismus. Entwürfe zur Sicherung sozialer Herrschaft, in: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, Leverkusen 1998, 302.

4 Siehe u. a. Heribert Schiedel: Universität und Rechtsextremismus, in: Context XXI (Hg.): Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität Wien, Wien 2002, 6–12.

5 Für eine ausführliche und kritische Begriffsbestimmung des Rechtsextremismus vgl. den Sammelband von FIPU: Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Band 1. Mandelbaum Verlag, Wien 2014.

sozialen, körperlichen und ökonomischen Kompetenzen. Jegliche Abweichungen von Heterosexualität als der allgemeinen Norm werden als ‚unnatürlich‘ diffamiert, marginalisiert und ausgegrenzt. Antifeminismus meint dabei die Ablehnung konkreter feministischer Forderungen, Theorien und Kritiken, die sich sowohl auf real- bzw. parteipolitischer als auch auf ideologischer und struktureller Ebene äußert. Er ist demnach das direkte Resultat der anti-emanzipatorischen und reaktionären Vorstellungen von Geschlecht, Sexualität und Identität.

‚Frauenpolitik‘ heißt Familienpolitik

Diese Vorstellungen finden ihren Ausdruck u. a. dort, wo ‚frauenpolitische‘ Agenden in die ‚Familienpolitik‘ integriert werden. Mit der schwarz-blauen Regierungselogung und der Neuordnung mancher Ministerien waren jene Agenden ab Jänner 2018 fortan Teil des *Ministeriums für Familie, Frauen und Jugend* unter der ÖVP-Ministerin Juliane Bogner-Strauß.⁶ Diese Integration zeigt einen recht deutlichen Kurs in gleichstellungspolitischen Belangen: Zum einen werden nach wie vor (mögliche) feministische Maßnahmen weitestgehend unter dem Begriff ‚Frauenpolitik‘ gefasst, zum anderen wird letztere gleichgesetzt mit Familienpolitik. Die traditionelle (weiße und heterosexuelle) Kernfamilie mit dem Vater als Ernährer, der Mutter als Hausfrau und den gemeinsamen Kindern sollte also eine Revitalisierung erfahren. Das verriet auch das schwarz-blaue Regierungsprogramm, in dessen ‚Prinzipien‘ festgehalten wurde: „Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.“⁷

Der antifeministische Kurs unter FPÖ und ÖVP wurde spätestens bei den diversen Förderungskürzungen für feministische Vereine offensichtlich, von welchen u. a. der Verein *Autonome Frauenhäuser*, der *Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern*, *Maiz – autonomes Zentrum von & für Migrantinnen* oder der *Österreichische Frauenring* als Dachorganisation österreichischer Frauenvereine betroffen waren bzw. sind.⁸

6 In Österreich war ab 2000 für ‚Frauenpolitik‘ das Sozialministerium, ab 2003 das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen zuständig.

7 Vgl. Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022, 9.

8 Für eine ausführlichere Liste inklusive der jeweiligen Budgetkürzungen siehe u. a. hier: bit.ly/2FNOXFt (abgerufen am 14.01.2020).

Eine weitere besonders grausame Entwicklung vor und während der schwarz-blauen Regierungskoalition ist der Anstieg an Gewaltverbrechen gegen Frauen*. Dabei ist ein wesentlicher Faktor die politische und gesellschaftliche Konstruktion und Beförderung einer bestimmten (antifeministischen) ‚Männlichkeit‘, die sich im schlimmsten Fall in ausgelebten Vergewaltigungsfantasien und sexualisierten Gewaltakten gegen Frauen* bzw. ‚Nicht-Männer‘⁹ ausdrückt – und sich durch eine konservativ-rechtsextreme Realpolitik im Vorfeld motiviert und bestätigt fühlen kann. Die Zahl der Frauen*morde stieg in Österreich von 19 (2014) auf 41 (2018) an, es wurden 2018 über 18.000 Opfer familiärer Gewalt von Gewaltschutzzentren und Interventionsstellen betreut, wobei 84 Prozent der Betroffenen weiblich* und 91 Prozent der Täter männlich* waren.¹⁰ Im Zuge einer ‚Kompetenzverschiebung‘ (und der Budgetkürzungen) unter Schwarz-Blau fiel außerdem die Prävention von und Intervention gegen Gewalt an Frauen* weg von den Frauen*häusern in den Aufgabenbereich der Polizei.

Zusammenfassend lässt sich also wenig überraschend feststellen, dass Frauen*- und LGBTIQ*-feindliche Ideologien, welche dem Konservatismus und Rechtsextremismus inhärent sind, einerseits in einer Stabilisierung bestehender patriarchaler Verhältnisse resultieren, andererseits anti-emanzipatorische und antifeministische Formen von unterdrückenden ‚Männlichkeiten‘ fördern. Die Regierungskoalition von FPÖ und ÖVP verdeutlichte das innerhalb ihres 1,5-jährigen Bestehens, dem notwendigerweise eine fundamentale feministische Gesellschaftskritik und Praxis entgegenstehen muss. Daran ändert im Übrigen auch eine steigende Zahl von Frauen* in den entscheidungstreffenden Ämtern nichts, solange diese konservative bis rechtsextreme Ideologien vertreten.

Bianca Kämpf

9 Mit ‚Nicht-Männern‘ sind jene Personen gemeint, die entweder aufgrund ihres biologischen bzw. ansozialisierten Geschlechts gesellschaftlich nicht als ‚Mann‘ gelten oder gelesen werden oder aus unterschiedlichen Gründen nicht dem gesellschaftlichen Bild eines ‚Mannes‘ entsprechen (wollen oder können).

10 Siehe Autonome Österreichische Frauenhäuser: Gewalt an Frauen in Österreich. Stand November 2019 bit.ly/2Ns3j2q (abgerufen am 14.01.2020).

SIND DIE ‚IDENTITÄREN‘ AM ENDE?

Zum Niedergang von Österreichs wirkmächtigster außerparlamentarisch-rechtsextremer Kadergruppe¹



2015 verging kaum eine Woche ohne bildreiche Berichterstattung über Aktionen der neofaschistischen „Identitären“. Seither ist es zunehmend still geworden um die selbsternannten ‚Verteidiger Europas‘. Antifaschistische Proteste, staatliche Repression und Imageverlust brachten die Gruppe an den Rand der Auflösung. Eine Bestandsaufnahme.

2019 war kein gutes Jahr für die neofaschistische Gruppe der ‚Identitären‘: Ihre zentrale international mobilisierte Demonstration im deutschen Halle, geplant als Zeichen der Stärke, kam aufgrund antifaschistischer Proteste nicht vom Fleck, Ermittlungen und Hausdurchsuchungen wegen Kontakten ihrer Leitfigur Martin Sellner zum Christchurch-Attentäter lähmten die

1 Unter einer Kadergruppe ist eine Struktur zu verstehen, die stark auf einer kleinen Anzahl an Führungspersonen sowie einer strikten Hierarchie aufbaut.

Aktivitäten der Gruppe² und ihr gewinnträchtiges Modelabel ‚Phalanx Europa‘ musste nach Ermittlungen der Finanzbehörden ins deutsche Exil übersiedeln.³ Der Verlust mehrerer wichtiger Räumlichkeiten stellte einen zusätzlichen herben Rückschlag für die ‚Identitären‘ dar – in Österreich wie in Deutschland.⁴

Superlative bis zur Niederlage

Diese Krise ist der bisherige Tiefpunkt einer Entwicklung, die bereits im Jahr 2016 ihren Anfang nahm. Damals erreichte die ‚Identitäre‘ Mobilisierungsstärke in Österreich mit einer 1.000 Personen großen internationalen Demonstration ihren Zenit. Doch dieser Versuch eines Aufmarschs mitten in Wien geriet zum Desaster, antifaschistische Proteste verhinderten das Vorkommen auf der Route – und auf jeder Ersatzroute, die ihnen die Polizei freizuräumen versuchte. Ein Versuch, selbst durch die Polizeilini zu brechen, um sich einen Weg zu bahnen, scheiterte binnen weniger Meter. Diesen Misserfolg kann man als Wendepunkt sehen. Seither blieben vergleichbare Mobilisierungserfolge aus. Die Gruppe verlor auf der Straße immer mehr an Stärke. Der selbstauferlegte Druck, jede Woche Aktivität zu zeigen und sich dabei immer wieder selbst an Mobilisierungsstärke, Spektakel und Aktionsrisiko zu überbieten, wurde ihr zum Verhängnis. Auf Dauer verlor die Gruppe durch diesen Druck einige ihrer zentralen Kader bzw. Vorzeigeaktivist_innen – teils an andere rechte oder rechtsextreme (Medien-)Projekte, aber auch schlicht durch den Rückzug ins Private. Der Plan, das abflauende Medieninteresse durch eigene Hofberichterstattung von *Tagesstimme* bis *Info-direkt* auszugleichen, konnte nur fehlschlagen. Stattdessen binden diese Kanäle nur Personen und Ressourcen. Der Verlust sämtlicher Facebook-Profilen durch eine komplette Sperre des Namens und Symbols der Gruppe nahm den ‚Identitären‘ zusätzlich einen signifikanten Teil ihrer Reichweite und damit Mobilisierungskraft.⁵ Der Versuch, auf VK, das „russische Facebook“, auszuweichen, wurde rasch als aussichtslos aufgegeben. Seither setzt die Gruppe auf Telegram-Gruppen, die jedoch eine weit geringere Zahl an Personen erreichen.

Als streng hierarchisch organisierte Kaderstruktur macht der Gruppe zudem zu schaffen, dass ihr zentraler Kader im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner, zunehmend eigene Wege geht. Als erfolgreicher YouTuber mit über 100.000 Abonnent_innen zieht er sich immer mehr aus der Gruppe zurück, was deutlich merkbar ist. Zwar nutzt er seine Videos nach wie vor, um für

2 Die Presse (15.05.2019): Identitäre: Sellner wollte mit Christchurch-Attentäter „auf ein Bier gehen“ (bit.ly/36eS9oq, Zugriff am 10.01.2020)

3 Wiener Zeitung (22.10.2019): Online-Shop der ‚Identitären‘ wandert aus (bit.ly/3aF8p5E, Zugriff am 10.01.2020)

4 Profil (01.06.2018): „Identitäre Bewegung“ auf Facebook und Instagram gesperrt (bit.ly/37fSxV2, Zugriff am 10.01.2020)

5 Winkler, Alexander (2018): „Aus dem Schatten des Nationalsozialismus ...“. Die ‚Identitären‘ als modernisierte Form des Rechtsextremismus in Österreich. In: Goetz, Judith, Sedlacek, Joseph Maria, Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. Hamburg: Marta Press, 31.

die ‚Identitären‘ zu mobilisieren, doch rückt dieser Aspekt beständig in den Hintergrund. Vom Aktivist versucht er sich zum politischen Kommentator zu mausern und inszeniert sich selbst lieber in allen Details seines Privatlebens, als ‚seine‘ ‚Identitären‘ zu bewerben. Eine Person, die Sellners Reichweite auch nur ansatzweise erreichen, ihn in seiner Rolle als Gallionsfigur ersetzen könnte, hat die Gruppe in Österreich nicht in Aussicht. Die Zeit spektakulärer, riskanter Medienaktionen, die von den Zeitungen dankbar und großteils unkritisch übernommen wurden, ist vorbei. Doch auch der Übergang zu einer kontinuierlich arbeitenden Struktur scheint wenig geglückt zu sein.

Die Inszenierung bröckelt

Auch der Umstand, dass die FPÖ ab dem Jahresende 2018 gemeinsam mit der ‚neuen‘ autoritär-konservativen ÖVP unter Sebastian Kurz ihre Forderungen in nationale Politik umsetzte, nahm der Gruppe den Wind aus den Segeln. Der rassistischen Regierungspolitik Beifall zu klatschen, verkauft sich ihrer Zielgruppe gegenüber weit schlechter als eine vermeintliche Kontraposition zu ‚den Herrschenden‘, in der sich die ‚Identitären‘ zuvor gerne inszenierten. Zudem flauten die Berichterstattung über das Thema Migration bzw. deren exponentiellen Anstieg mit dem ‚Sommer der Migration‘ 2015 sowie der rasch folgende rassistische Backlash, der den Erfolg der Rechtsextremen lange entscheidend mitgetragen hatte, langsam ab.

„Das Label der ‚Identitären‘ ist für die extreme Rechte von der Chance zur Neuorganisation zur bloßen Last geworden.“

Mit dem Schwinden der Strahlkraft der ‚Identitären‘ öffnete sich in Österreichs außerparlamentarischer extremer Rechte erneut eine Lücke, wie schon nach den Repressionsschlägen gegen das Umfeld Gottfried Küssels im Jahr 2012. Damals nutzten die ‚Identitären‘ das Vakuum und starteten einen Versuch, eine aktionistische rechtsextreme Gruppe zu etablieren, ohne allzu leicht in den Fängen der staatlichen Repression zu landen. Über den Umweg der Bezugnahme auf die Konservative Revolution gelang es ihnen, offene Bezugnahmen auf Ideologie und Ideologen des Nationalsozialismus zu umschiffen. Mit der Übernahme von Aktionsformen der neuen Linken versuchten sie außerdem, sich das Image einer hippen, jugendlichen Gruppe, einer *Neuen Rechten* zu geben. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass an dieser Gruppe und ihrer Ideologie von Beginn an wenig neu war. Ihre Vordenker – von Jünger bis Mohler und Heidegger – waren Theoretiker, auf deren antimodernen, antiliberalen und antiegalitären Ansätzen die Ideologie des Nationalsozialismus aufbaute.⁶ Sie waren ein unverzichtbarer Baustein auf dem Weg zu Krieg und Vernichtung. Die Entlarvung der ‚Identitären‘ Maskerade und die stetige Kritik an der unreflektierten Repro-

6 Kreil, Christian (2020): Wie die ‚Identitären‘, „Die Österreicher“ und ein Medizinguru zusammengehören (bit.ly/2slGqkc, Zugriff am 10.02.2020) In: derstandard.at

duktion rechter Ästhetik durch die Medien hat wesentlich dazu beigetragen, die Gruppe zu schwächen. Denn ihre Mobilisierungsstärke baute stark auf diesem medialen Trugbild auf, das sie so lange vor sich hertrugen, das nun aber mehr und mehr in sich zusammenbröckelt.

Versuche einer Restrukturierung

Aktuell versuchen die ‚Identitären‘, sich in Wien mit einer Mobilisierung an der Universität über Wasser zu halten. Wöchentlich organisieren sie gemeinsam mit deutschnational Korporierten einen Saalschutz für den FPÖ-nahen Geschichtsprofessor Lothar Höbelt. Dieser sah sich zuletzt mit antifaschistischen Protesten von Studierenden konfrontiert, nachdem er bei einer Veranstaltung des rechtsextremen *Instituts für Staatspolitik* (IFS) als Redner aufgetreten war. Parallel planen die ‚Identitären‘ jedoch auch eine Exit-Strategie. Unter dem Label *Die Österreicher* versuchen sie, eine neue Kampagnenstruktur vorzubereiten. Diese soll – wohl für den Fall eines Verbots der Gruppe, wie es die ÖVP umzusetzen plant – als Auffangbecken und Neuanfang dienen. Eine Website, eine Telegram-Gruppe und ein neuer, unbelasteter Sprecher wurden bereits in Stellung gebracht. Die offizielle Gründung der neuen „patriotischen Sammelbewegung“⁶, wie sich die Rechtsextremen selbst zu inszenieren versuchen, soll noch im Jänner erfolgen. Für den Sommer wird in gewohnter Selbstüberschätzung nicht weniger als eine Großdemonstration mit 5.000 Teilnehmenden angekündigt. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass dieser Organisationsversuch Zukunft hat. Zur ersten Kundgebung der ‚großen Sammelbewegung‘ erschienen kaum 150 Personen, die eine kärgliche Startkundgebung mit großen Reden aus einer halbkaputten Tonalität vorgesetzt bekamen.

Der Druck staatlicher Repression zwingt den Rechtsextremen diesen Strukturwechsel auf. Er ist in den letzten Jahren stetig angewachsen, die Maske der hippen, jungen Rechten ist gefallen, jegliche Dynamik dahin. Das Label der ‚Identitären‘ ist für die extreme Rechte von der Chance zur Neuorganisation zur bloßen Last geworden. Doch mit tragfähigen Alternativen geboten, um die freiwerdenden Ressourcen zu binden, konnte bisher kein Teil der extremen Rechten aufwarten. Es bleibt abzuwarten, ob die ‚Identitären‘ einen Neuanfang schaffen, ob die FPÖ trotz ihrer Schwäche weitere Potentiale der außerparlamentarischen Rechten binden kann oder ob alte Bekannte des ‚klassischen‘ Neonazismus mit neuen Versuchen aufwarten. Die Zeit der ‚Identitären‘ neigt sich jedenfalls dem Ende zu.

AUSBLICK

Liebe Leser_in,

wir hoffen, dass euch die Ausgabe gefallen hat und wünschen euch erholsame Semesterferien. Die nächste Ausgabe der *zeitgenossin* wird im Mai erscheinen und eine reine Frauen*-, Lesben*-, non-binary*-, inter*- und trans*-Ausgabe, das heißt es werden bewusst nur FLINT* Personen an der kommenden Ausgabe mitwirken. Wenn du mitschreiben möchtest, schick uns eine Beschreibung deines Vorschlags (Thema, Textform, Aufbau, Perspektive, Länge etc.) an zeitgenossin@oeh.univie.ac.at.

Motivierte Fotograf_innen und Illustrator_innen, die Interesse haben, an der nächsten Ausgabe mitzuwirken, können sich ebenfalls gerne unter zeitgenossin@oeh.univie.ac.at bei uns melden.

Bis zum nächsten Mal,
eure *zeitgenossin*

Impressum

HERAUSGEBERIN
Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien;
Tel. 0043 (0)1 4277 19501

REDAKTION
Zeinab Cecilia Abdel-Keream, Julius Gruber, Christiane Skerjanz, Brigitte Temel

AUTOR_INNEN DIESER AUSGABE
Zeinab Cecilia Abdel-Keream, Michael Bonvalot, Marian Demitsch, Martina Genetti, Julius Gruber, Daniel Herzog, Maximilian Holla, Colin Kaggl, Felix Kampf, Bianca Kämpf, Marie Kremser, Manuel Längle, David Mothwurf, Astrid Pohl, Maria Prchal, prozess.report, Lukas Rachbauer, Tabea Söregi, Julia Spacil, Vincent Weisl, Sonia Zaafrani, Zissi

SATZ & LAYOUT
Juliana Melzer

LEKTORAT
Karin Lederer, Birgitt Wagner

FOTOGRAFIE
Michael Bonvalot (S.14)
Kai Festo (S. 1, S. 6-7, S. 21-23, S. 24, S. 30, S. 35, S. 40, S. 44)
Presseservice Wien (S. 8, S. 13, S. 16, S. 19)

ILLUSTRATIONEN
Juliana Melzer (S. 4-5, S. 46)
Edda Thürriedl (S. 10, S. 20, S. 27, S. 28, S. 32, S. 36, S. 38, S. 43)

ANZEIGEN
Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
inserate@oeh.univie.ac.at
Tel. 0043 (0)1 427719511

DRUCK
Wilhelm Bzoch GmbH, Wienerstraße 20, 2104 Spillern

ERSCHEINUNGSDATUM
Februar 2020

**BÜ
BÖ**
Bücherbörse der ÖH Uni Wien

DIE BÜCHERBÖRSE IM NIG

Die Bücherbörse im NIG hat wie gewohnt geöffnete Tore! Komm und schau dir unser Angebot an! Bring deine Bücher und gib sie bei uns in Kommision!

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 11-17 Uhr
buecherboerse@oeh.univie.ac.at
Universitätsstraße 7, 1010 Wien

**ÖH UNI
WIEN**

**SOZIAL-
TOPF**

WAS?
Der Sozialtopf der ÖH Uni Wien bietet mit einmaliger Förderung Unterstützung in finanziellen Notsituationen und soll so Studierenden den Universitätsalltag erleichtern und einen Schritt in Richtung Gleichberechtigung im Studium setzen.

Informationen unter
Online oder Persönlich

Uni Campus, Spitalgasse 2,
Hof 1, 1090 Wien

Die Beratung ist ohne Voranmeldung
möglich und kostenlos.

**Lass Dich nicht treten.
Wir vertreten Dich.**

Für ein leiwandes Uni-Leben!
Hochschüler_innenschaft an der Uni Wien

8. MÄRZ

INTERNATIONALER
FEMINISTISCHER
KAMPFTAG

SÜDTIROLER PLATZ | HBF
8. MÄRZ, 14:00 UHR
2020

TAKE
BACK!
THE
STREETS

Jeden Tag 8. März

WIEN UNTER PALMEN

DER SMARTPHONE-
NEWSLETTER
FÜR ALTERNATIVE
KULTUR IN WIEN

TELEGRAM:

t.me/unterpalmen

WHATSAPP:

„Start“ an +43 677 63086954

Mehr Information auf unterpalmen.net

Schon wieder keine Post bekommen?

Das kannst du jetzt ändern! Abonniere einfach die zeitgenossin. Wir schicken dir die neue Ausgabe direkt nach Hause. Ohne für dich anfallende Kosten.

Einfach informieren unter:
oeh.univie.ac.at/zeitgenossin/abo

